

PROF. DR. CHRISTIAN SIMON

# **Universität und Gesellschaft.**

Thesen zur Basler Universitätsgeschichte  
vor dem Hintergrund internationaler hoch-  
schulpolitischer Diskurse

---

## Inhalt

<b>1.</b>	<b>Einleitung</b> .....	<b>3</b>
<b>2.</b>	<b>Allgemeine Universitätsgeschichte im Lichte der Ansätze der Higher Education Policy Studies</b> .....	<b>4</b>
<b>3.</b>	<b>Seitenblick auf Universität und Gesellschaft in der Schweiz</b> .....	<b>11</b>
<b>4.</b>	<b>Basler Universitätsgeschichte – eigene Wege und Einmündung in den internationalen Mainstream</b> .....	<b>12</b>
4.1	Einleitung	12
4.2	Konservative Modernisierung des 19. Jahrhunderts.....	13
4.3	Universitätsgesetz und neues Kollegienhaus: Ein offenes Fenster auf die Beziehungen zum Staat und zur Gesellschaft 1937-1939 .....	16
4.4	Baselland greift ein .....	21
4.5	1996: eine neue Universität .....	23
<b>5.</b>	<b>Schlussfolgerungen für die Basler Universitätsgeschichte</b> .....	<b>27</b>
<b>6.</b>	<b>Bibliographie</b> .....	<b>29</b>

## 1. Einleitung

Der internationale hochschulpolitische Diskurs und die damit verbundenen Vorstellungen von einer allgemeinen Entwicklungslinie der jüngeren Universitätsgeschichte enthalten bestimmte Aussagen über die Beziehungen zwischen Universität und Gesellschaft. Nach deren Diskussion werden Thesen zur entsprechenden Thematik für Basel vorgestellt.<sup>1</sup>

Higher Education (Policy) Studies privilegieren die Dimensionen (1.) des Nutzens, den Aussenstehende aus der Erfüllung der drei (nach nordamerikanischen Vorstellungen klassischen) Aufgaben oder „Missionen“ der Hochschule, Lehre, Forschung und „Services“,<sup>2</sup> ziehen, sowie (2.) der „Offenheit“, welche sozialpolitisch als Nicht-Diskriminierung bestimmter gesellschaftlicher Gruppen beim Zugang zur Hochschule, bei der Aneignung von dort vermittelten Inhalten und in der Statistik der Absolventinnen und Absolventen verstanden wird. Während diese zweite Dimension durchaus „demokratisch“ und damit allgemein als „progressiv“ erscheinen mag, führt die erste zu einer faktischen Dominanz ökonomi(sti)scher Ansätze. Wissen und Bildung werden als Ressourcen, als Kapital behandelt, das einer Verwertung zugeführt werden soll. Dabei ist nicht an das von Pierre Bourdieu eingeführte, letztlich gesellschaftskritische Konzept von Bildung als sozialem Kapital gedacht,<sup>3</sup> sondern an die Begriffe der Bildungsökonomie.<sup>4</sup>

Die Ansätze der Higher Education Studies haben eine grosse Erklärungskraft. Man ist deshalb rasch geneigt, Phänomene der Hochschulgeschichte ohne nähere Prüfung als Resultate von Faktoren zu begreifen, welche von den Higher Education Studies als allgemeine Ursachen der globalen Hochschulentwicklung präsentiert werden. In den nachfolgenden Überlegungen wird jedoch darauf geachtet, dass die lokale Geschichte durchaus ein Resultat anderer Konstellationen sein könnte, als diese aufgrund des allgemeinen Diskurses zu erwarten wären.

In den Mittelpunkt stellen wir die Universitätsgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts. Für frühere Epochen wäre die Frage nach den Beziehungen zwischen Universität und Gesellschaft zwar durchaus auch interessant, insbesondere weil sie oft simplifizierend rekonstruiert werden, um einen Hintergrund abzugeben, vor dem die Offenheit der „Multiversity“<sup>5</sup> nordamerikanisch-idealisierten Zuschnitts glänzend strahlt.

1 Die hier vorgestellten Thesen und Skizzen sind in einem Seminar zur Universitätsgeschichte entstanden, das der Verfasser 2008 an der Universität Basel abgehalten hat. Der Diskussionsstand wurde nur in Teilbereichen auf 2011 aufdatiert.

2 Überblick bei John C. Scott, *The Mission of the University. Medieval to Postmodern Transformations*, in: *Journal of Higher Education* 77 (2006), 1-39. „Mission statements“ erscheinen in amerikanischen Hochschulpublikationen seit den 1930er Jahren; sie beziehen sich klassischerweise auf die Trias aus „teaching, research, and public services“, Scott, *Mission*, 2. Christine Musselin, *Transformation of Academic Work. Facts and Analysis*, in: Maurice Kogan u. Ulrich Teichler Hg., *Key Challenges to the Academic Profession*, UNESCO Forum on Higher Education Research and Knowledge, Paris/Kassel 2007, 175-190, 177f stellt fest, dass in der Vergangenheit Lehre und Forschung die einzigen Pflichten waren, welche Professoren erfüllen mussten; sie übten zwar daneben viele andere Tätigkeiten aus, aber sie waren dazu nicht formell verpflichtet. Inzwischen gehörten das Schreiben von Anträgen, das Fundraising, aber auch die explizite methodisch-didaktisch-technische Gestaltung des Unterrichts („teaching engineering“) dazu. Vor allem werde als „third mission“ nun allgemein erwartet, dass Beziehungen zu regionalen, nationalen und internationalen Körperschaften, zu anderen Gelehrten und vor allem zum breiten Publikum gepflegt würden; ferner würden Expertisen für die Politik verlangt. Zur fachlichen Spezialisierung trete so eine Diversifizierung der Aufgaben, wobei die Aufgabenerfüllung durch Reporting und Evaluation vermehrt kontrolliert würden.

3 Pierre Bourdieu, *La reproduction. Eléments pour une théorie du système d'enseignement*, Paris 1970; ders., *Homo academicus*, Paris 1984; ders. u. Jean-Claude Passeron, *Les héritiers*, Paris 1964.

4 Hans Pechar, *Bildungsökonomie und Bildungspolitik*, Münster 2006.

5 Zum Begriff der Multiversity Scott, *Mission*, wie Anm. 2, 29f. Eine alternative Gegenüberstellung, die „Humboldt“ nicht mit „Amerika“ konfrontiert, sondern eine gut recherchierte Gegenüberstellung deutscher mit britischen Hochschulideen enthält, ist Rosalind M. O. Pritchard, *British and German Education Students in a Shifting Scenario*, in: *Higher Education Management and Policy* 18 (2006), 111-133, 111-119.

## 2. Allgemeine Universitätsgeschichte im Lichte der Ansätze der Higher Education Policy Studies

John C. Scott hat 2006<sup>6</sup> eine Geschichtskonstruktion vorgelegt, die erkennen lässt, wie aus einer Makroperspektive heraus ein einfaches Ablaufschema gewonnen wird, das voller politischer Implikationen ist. Von Universitäten verlangt der Autor, dass sie hinreichend flexibel seien, um auf gesellschaftliche Bedürfnisse, technischen Wandel und wirtschaftliche Umstrukturierungen rechtzeitig und angemessen zu reagieren. Angelpunkt des Schemas sind die wesentlichen Aufgaben („missions“) der Universität. Innerhalb der „missions“ ist der Begriff „services“ für jede Umschreibung der Universitätsaufgaben zentral. „All universities were and are social organizations designed to provide higher educational services such as teaching, research, and a host of other academic services to church, governments, individuals, public, and in the future, perhaps, the world“.<sup>7</sup>

In Scotts Auflistung<sup>8</sup> wird für jede Epoche der Geschichte festgelegt, welche „missions“ damals (erstmal) hervortraten. Für den Übergang zwischen den Epochen werden Gründe („causations“) des Wandels angeführt. Die Ausführungen von Scott setzen wir in einem Schema um.

Epoche	Gründe des Wandels („causations“)	Aufgaben der Universität („Missions“)
Pre-Nation-State	Higher education required for administration (church, secular states, municipalities); for traditional „professions“. Mercantilism, growth of cities and urban middle class, bureaucratization, intellectual renaissance  State of Prussia consolidated its intellectual power by founding the University of Berlin	Later Middle Ages: Teaching Services; undergraduate liberal education; graduate professional education  1800s, preindustrial Germany before national unification: Research as a regularly funded mission; research integrated with classroom teaching; basic research and applied research
Nation-State	Rise of independent nation-states; global exploration, nationalism, humanistic emphases on the individual, vernacular languages; printing press	Absolute monarchies ca. 1500: Nationalization: service to the government of the nation-state (most universities national institutions, except U.S.A.)
Nation-State	“America is the world’s first democratic nation-state and it extends Jeffersonian and Jacksonian liberalism to education”: educated and self-governing citizenry	U.S. ca. 1800, Jefferson’s University of Virginia: Democratization: service to the individual of the nation-state, fulfillment of individual and societal needs

6 Scott, Mission, wie Anm. 2.

7 Scott, Mission, wie Anm. 2, 1f.

8 Scott, Mission, wie Anm. 2, 4ff.

Epoche	Gründe des Wandels („causations“)	Aufgaben der Universität („Missions“)
Nation-State	During “America’s century”, the U.S. was the world’s leading democratic, economic, and military power	in U.S.A. through Morrill Acts 1862/1890 and “Wisconsin Idea” <sup>*</sup> 1904: Public Service: service to the public of the nation-state (public service a core mission equal to teaching and research) I.e. Teaching and research superimposed upon the three missions of nationalization, democratization, and services
Globalization	Nations approach the postmodern or post-industrial stage	Internationalization: Service to the body of nation-states (internationalization of teaching, research, and public service); managerial excellence serving global consumers rather than national subjects

\* Die „Wisconsin Idea“ geht auf Gouverneur Robert La Follete zurück: Die Universität soll für die gesamte (auch ländliche) Bevölkerung des Staates nützlich sein, d. h. das Wissen der Lehrer sollte dem Staat zur Verfügung stehen, und durch ein Kurswesen („extension services“) sollten alle Regionen des Staates durch Unterricht erreicht werden. Scott, Missions, 25f.

Die mittelalterliche Universität<sup>9</sup> bildete Experten des Wissens über den Körper des Menschen (Medizin), über den gesellschaftlichen Körper mit seinen Ordnungen, Rechten und Vorrechten (Jurisprudenz) und über die Beziehungen des Menschen zur Transzendenz (Theologie) aus. Universitäten erscheinen in dieser Beleuchtung als Zentren der Expertise, deshalb unter Umständen auch der Macht, da sie durch ihre Gutachten und Urteile über richtig und falsch, zulässig und unzulässig, orthodox und ketzerisch entschieden. Die blühenden Universitäten gehörten zu einem nach damaligen Begriffen globalen System des Wissens und der Wissensorte, so dass ihre Funktionserfüllung ebenfalls „globalisiert“ verstanden werden muss. Die Legende<sup>10</sup> will nun, dass das Wissen in der „vormodernen“ Universität primär ein tradiertes Wissen (als Gegensatz zu einem auf stetige Erneuerung abzielenden Wissen im modernen Innovationskontext) gewesen sei. Das universitäre Wissen sei ein Instrument des Bewahrens, Verteidigens, der Beharrung gewesen. Dieses Bild ist nur im Stande völliger Uninformiertheit haltbar. Das Konstrukt eines angeblich rein traditionellen Wissens in der vormodernen Universität dient in den gängigen Diskursen der Konstruktion eines Bildes der elitären, geschlossenen, konservativen Universität, welche durch Öffnung und Anschluss an die wirtschaftliche Dynamik der Moderne zu überwinden gewesen sei.

Im Übergang zur Frühen Neuzeit<sup>11</sup> erfüllten Hochschulen vermehrt Zwecke, die lokale, weltliche Gewalten setzten. So wurden Universitäten Hüterinnen der rechten Orthodoxie innerhalb der verschiedenen Konfessionen, wobei man jedoch bedenken sollte, dass die Dogmatiken erst einmal ausgearbeitet und konsolidiert werden mussten, was wie-

9 Hilde de Ridder-Symoens Hg., *Universities in the Middle Ages*, Cambridge 1992.

10 Anregend zur Kritik dieser und anderer universitätsgeschichtlicher Legenden, insbesondere für das Mittelalter und die frühe Neuzeit Hartmut Boockmann, *Wissen und Widerstand. Geschichte der deutschen Universität*, Berlin 1999.

11 Hilde de Ridder-Symoens Hg., *Universities in early modern Europe 1500-1800*, Cambridge 1996.

derum in einem gewissen Sinne eine kreative Leistung der Hochschulen war. Die Landesherren oder Stadtrepubliken erteilten „ihren“ Universitäten einen Bildungsauftrag für die Eliten in den frühneuzeitlichen Herrschaftssystemen. Für die bedeutenderen Universitäten blieb jedoch der Horizont „global“, wenn auch mit der Einschränkung auf eine konfessionell definierte Globalität. Eine vor allem für die Gesellschaften des 17. Jahrhunderts typische Tendenz der sozialen Segmentierung begleitete die Ausdifferenzierung professioneller Funktionen. Diese Tendenz erfasste auch die Universitäten. Professuren wurden als Besitz von Familien aufgefasst. Wie berühmte Beispiele von Gelehrten- und Professorenfamilien zeigen, tat dies aber den intellektuellen Leistungen in den Universitäten keinen Abbruch – hingegen entstand nun ein Ansatzpunkt für Kritik an der Universität. Diese Kritik namentlich der Aufklärung suggerierte einen Funktionsverlust der Universität gegenüber der Gesellschaft, und sie hat damit das Bildes einer obsoleten, reformbedürftigen, „mittelalterlichen“ Universität dauerhaft bestimmt.<sup>12</sup> Allerdings wurden sie nun auch – qua Bild des Veralteten, Abgeschlossenen – gezielt konkurrenziert durch die Akademien und die „invisible colleges“ der miteinander korrespondierenden Gentlemen-Forscher, die für sich eine „Neue Wissenschaft“ beanspruchten. Experimentelle, mathematisierte, nachprüfbare Forschung schaffe Wissen, dessen Grundcharakter in der Neuheit und der Eingriffsmöglichkeit in die Welt bestehe. Aufklärerisches Wissen formierte sich in den Zirkeln der Privatgelehrten, in Salons, in einigen Akademien, in den privaten Korrespondenznetzen – und an Reformuniversitäten, die aus Umgestaltungen oder Neugründungen entstanden. Mit der Aufklärung erfolgte eine radikale Infragestellung des alten Fakultätensystems und des dort inkorporierten Wissens. Mit anderen Worten verlangten die Aufklärer eine „Öffnung“ und „services“.<sup>13</sup>

Für den Aufbau höherer Bildungsanstalten in Nordamerika mögen Grundsätze der Aufklärung und deren Kritik an den Universitäten einen positiven Bezugsrahmen abgegeben haben. In Mitteleuropa hingegen formierte sich die „moderne“ Hochschule des 19. Jahrhunderts in einer stark selektiven Einstellung zu bestimmten aufklärerischen Zielen und Werten. Dies bezog sich weniger auf die wissenschaftliche Rationalität und die Veröffentlichung von Ergebnissen der Forschung, die damit der Kritik der Fachleute zugänglich wurden. Die Ablehnung galt vielmehr der Betonung der unmittelbaren technischen Nützlichkeit und einer von der Transzendenz wegdriftenden Idee von praktischer Ausbildung. Aus der Scheidung zwischen dem, was von aufklärerischen Anstössen nach der Revolutionsepoche noch haltbar zu sein schien, von dem, was als Überschwang oder Radikalismus galt, entstand ein durchaus auf dem Fundament der Aufklärung errichtetes, auch deren Radikalität nicht in jeder Hinsicht verleugnendes Gebilde, das in nachfolgenden Zeiten unter Betonung konservativer Aspekte zu einem

- 
- 12 Es wäre verkehrt, anzunehmen, dass der Einfluss von Gelehrtenfamilien durch eine Rezeption des Humboldtschen Modells im frühen 19. Jahrhundert sofort zurückgegangen wäre. Peter Moraw, Humboldt in Giessen. Zur Professorenberufung an einer deutschen Universität des 19. Jahrhunderts, in: *Geschichte und Gesellschaft* 10 (1984), 47-71, 70f zeigt schön, wie sich alte und neue Vorstellungen von Universität noch spät im 19. Jahrhundert kreuzten. Einen eigentlichen Wandel in Richtung „Humboldtscher“ Berufungspolitik kann er erst zwischen 1850 und 1870 feststellen, wobei die Unterschiede an ein und derselben Universität zwischen den Fakultäten gross sein konnten. Zu erinnern ist auch an die Berufungspolitik in München, wo im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts die früher stark lokale Rekrutierung von Professoren durch eine gezielte Modernisierungspolitik des Landesherrn und der Regierung, welche auf Kandidaten aus Preussen setzten, beendet wurde; Christian Simon, *Staat und Geschichtswissenschaft in Deutschland und Frankreich 1871-1914*, Bern 1988, I, 147ff.
- 13 Zur Widerlegung des von der Aufklärung geprägten Bildes eines „Niedergangs“ der Universität in der Frühen Neuzeit De Ridder-Symoens, *History*, wie Anm. 12. Scott, *Mission*, wie Anm. 2, 11 erwähnt „social responsiveness“ als Hauptargument für eine positive Neubewertung der frühneuzeitlichen Universität.

„Modell“ umgedeutet wurde.<sup>14</sup> Man sollte sich dabei stets vor Augen halten, dass die kohärente Stilisierung der Berliner Universitätsidee erst durch die historiographische Arbeit an der Geschichte Preussens und derjenigen der Berliner Universität vom letzten Drittel des 19. Jahrhunderts bis zu Max Lenzens Universitätsgeschichte von 1913<sup>15</sup> geleistet worden ist. Zwischen dieser Festigung des „Modells“ und den Ursprüngen von 1810 lagen die Metternichsche Reaktion, die oppositionelle Rolle der Universitäten mit ihrem Beitrag zur nationalen Einigung und das Einschwenken der Universitäten auf einen staatstragenden, nationalliberalen, ‚realpolitischen‘ Konsens seit der Bismarckzeit.

Die nach der Zeit der französischen Revolution und der napoleonischen Kriege rekonstruierte Universität gilt nun der amerikanisch inspirierten Literatur<sup>16</sup> als Trägerin von gesellschaftlichen Funktionen für eine geschlossene Elite: Sie soll letztlich der Reproduktion einer Bildungselite gedient haben.<sup>17</sup> Die Feststellung und Bewertung gesellschaftlicher Funktionen basieren dabei in der Regel auf wenigen Indikatoren: Rekrutierungsbasis für Studenten, Reglementierung der Zulassung zur Hochschule, Arbeitsorte der Absolventen. Ergänzend werden Vorstellungen von Lehrinhalten (etwa nach dem Kriterium der Praxisnähe oder -ferne) und von Stilen der Forschung (Grundlagenforschung oder „Öffnung“ auf die Bedürfnisse z.B. der Industrien) herangezogen, wo die Universität als Forschungsuniversität in den Blick gelangt. Diese Ansätze enthalten das Risiko einer Verkennung der Komplexität der Beziehungen zwischen Universität und Gesellschaft. Sie gestatten nur unzureichend, die Widersprüchlichkeit der Funktionen zu erfassen, und sie unterschlagen den Umstand der Perspektivität jeder Erkenntnis des Gegenstandes „Universität“. Diese Ansätze sind von der Notwendigkeit geprägt, gewisse Reformen des 20. Jahrhunderts zu legitimieren, und von der Prädominanz eines „nordamerikanischen Modells“<sup>18</sup>, welches aus einem reduzierten und deshalb notgedrungen unwahren Bild der Sache entwickelt wurde.

Im Selbstverständnis der us-amerikanischen Tradition waren die Vereinigten Staaten als „erste nationalstaatliche Demokratie“ von Anfang an darauf bedacht, „demokratische“ höhere Bildungseinrichtungen zu schaffen.<sup>19</sup> Martin Trow meint, „[...] American higher education has a broad commitment to service to almost any organised interest that asks for it, and can pay for it.“ Europäer hätten eine Dienstleistungsvorstellung, die sich primär auf den Staat als den Träger der Universitäten richte, währenddem die

14 Charles E. McClelland, *State, Society and University in Germany 1700-1914*. Cambridge 1980; Dietrich Goldschmidt, *Die gesellschaftliche Herausforderung der Universität. Historische Analysen, internationale Vergleiche, globale Perspektiven*, Weinheim 1991, 65; Hermann Luebbe, *Humboldts Bildungsziele im Wandel der Zeit*, in: Bernfried Schlerath Hg., *Wilhelm von Humboldt. Vortragszyklus zum 150. Todestag*, Berlin 1986, 241ff; Rainer Christoph Schwings Hg., *Humboldt international. Der Export des deutschen Universitätsmodells im 19. und 20. Jahrhundert*, Basel 2001.

15 Max Lenz, *Geschichte der königlichen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin*. 4 Bände, Halle 1910-1918.

16 Scott, *Mission*, wie Anm. 2, passim.

17 Wilhelm von Humboldts Universitätskonzeption wird in amerikanischer Perspektive didaktisch auf drei Grundsätze reduziert: 1. Einheit von Forschung und Lehre; 2. akademische Freiheit (Lernfreiheit und Lehrfreiheit); 3. zentrale Stellung der Philosophischen Fakultät und deren Fächer. Scott, *Mission*, wie Anm. 2, 20. Ergänzt wird die Humboldtianische Universität charakterisiert durch die Kombination folgender Merkmale: 1. Integration von Lehre und Forschung; 2. akademische Freiheit für Professoren und Studenten bezüglich Lernen, Lehren und Forschen; 3. die Seminarmethode; 4. die Spezialvorlesung, welche auf eigener Forschung des Professors beruht; 5. Unterricht in Laboratorien; 6. Veröffentlichung von Monographien; 7. fortlaufende Ausdehnung von Fächern des Unterrichts und Gegenständen der Forschung; 8. angewandte Forschung; Scott, *Mission*, wie Anm. 2, 23.

18 Knappe und dennoch differenzierte, legendenkritische historische Betrachtung des „amerikanischen Modells“ bei Walter Rüegg, *Die Universität der Zukunft im globalen und europäischen Zusammenhang*, in: Anton Hügli u.a. Hg., *Die Universität der Zukunft. Eine Idee im Umbruch?*, Basel 2007, 36-47, 43ff.

19 Martin Trow, *The Exceptionalism of American Higher Education*, in: ders. u. Thorsten Nybom Hg., *University and Society. Essays on the Social Role of Research and Higher Education*, London 1991, 156-172, 156ff.

Amerikaner wüssten, dass sie auf die Bedürfnisse der Gesellschaft eingehen müssten.<sup>20</sup>

Das amerikanische System bejahe den Wettbewerb („competition“), in welchem der Markt der wirksamere Weg sei, sich einer unbekannteren Zukunft zu stellen, wirksamer als staatliche Planung. Schliesslich bedeute die Finanzierung über Studiengebühren, dass es in der Ausgabenpolitik des Staates keine direkte Konkurrenz gebe zwischen Bildungsausgaben und staatliche Ausgaben z.B. für Gesundheit oder Strassenbau.<sup>21</sup> Diese „demokratische amerikanische Universitätsidee“<sup>22</sup> diktierte das Koordinatensystem, in welchem eine Festschreibung der europäischen Universität auf bestimmte Merkmale erfolgte.<sup>23</sup> Dazu gehörte die Qualifizierung als „elitäre“, „ausschliessende“, von den „realen Bedürfnissen“ der Gesellschaft und den „praktischen Anforderungen“ der Wirtschaft abgehobene Institution, die den Standesdünkel einer Elitenfraktion, d.h. der Bildungsbürger fördere und reproduziere, chauvinistische Ideen verbreite, alten Mächten wie dem Kaiser huldige, Wissen und Zugangsrechte zu Professionen monopolisiere, und sich gegen die „modernen“ Schichten der Erfinder, self-made men, Ingenieure abschliesse. Die europäischen Universitäten wurden als Orte der „Exklusion“ definiert, die gesellschaftliche Unterschiede begründeten und verewigten. Die amerikanischen erschienen demgegenüber als Institutionen der „Inklusion“.<sup>24</sup>

Dementsprechend galt ein Bildungssystem, in welchem der Anteil der Jugendlichen, die Hochschulen besuchen, besonders rasch gestiegen war, auch als besonders „demokratisch“. Daraus resultierte die Feststellung eines „American lead in democratization“.<sup>25</sup> Das Ziel der europäischen Hochschulpolitik nach 1945 erschien in diesem Licht als das Schliessen der „Lücke“, die die Universitäten der europäischen Staaten bezüglich hochschulstatistischer Kerndaten von Nordamerika trennte („closing the gap with America“).<sup>26</sup> Nach 1945 begann in Europa der Ansturm auf die Universitäten, der schliesslich zum Problem der „Vermassung“ des Studiums führte.

Im Westen lieferte der Sputnikschock<sup>27</sup> die Legitimation für mehr Staatsausgaben für die Hochschulbildung. Dort, wo nicht durch Militärfinanzierung bereits seit dem Zweiten Weltkrieg grössere Summen für Forschung zur Verfügung standen, legitimierte er ein stärkeres Engagement der Staaten auch in der Forschung. Die „Ausschöpfung der

20 Trow, *Exceptionalism*, wie Anm. 20, 157-164, Zitat 163.

21 Trow, *Exceptionalism*, wie Anm. 20, 166ff.

22 Scott, *Mission*, wie Anm. 2, 15ff. Dabei wird unterschieden zwischen dem „Jeffersonian concept of natural aristocracy of talent“, das bis zum Bürgerkrieg dafür sorgte, dass die Frequenzen an den Colleges eher gering blieben, und dem „Jacksonian concept of equality for the common man“, das von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis heute zu einer steigenden Frequenz führte.

23 Harold T. Shapiro, *A Larger Sense of Purpose. Higher Education and Society*, Princeton 2005, 40ff mit deutlicher Kontrastierung der Hochschulen vor und nach dem Bürgerkrieg, insbes. 69ff. „Demokratisierung“ ist dabei nicht der primäre Schlüssel zum Verständnis des „amerikanischen Modells“, welches übrigens – entgegen Darstellungen von der Art Trows wie Anm. 20 – nicht zur Zeit Jeffersons und Jacksons, sondern erst um 1900 entstanden sei. Shapiros ernsthafte historische Analyse kontrastiert mit dem hohen Ideologiegehalt der normativ auf Modernisierung durch Demokratisierung ausgerichteten, üblichen Higher Education Studies.

24 Rudolf Stichweh, *Die Universität in der Wissensgesellschaft. Wissensbegriffe und Umweltbeziehungen der modernen Universität*, in: *Soziale Systeme* 12 (2006), 33-53, 38f beobachtet, dass die nordamerikanischen Universitäten seit ca. 1870 Inklusion praktizierten, und zwar in einem doppelten Sinne: Öffnung auf die Gesellschaft und Öffnung auf praktisches und theoretisches Wissen.

25 Konrad H. Jarausch Hg., *The Transformation of Higher Learning, 1860-1930. Expansion, Diversification, Social Opening, and Professionalization in England, Germany, Russia, and the United States*, Chicago 1983, 13-16, für die Periode 1860-1930; Interpretation durch Scott, *Mission*, wie Anm. 2, 18.

26 Scott, *Mission*, wie Anm. 2, 19.

27 Thomas Bürgisser, ‚Im Banne des Satelliten‘. Zur medialen Rezeption des Sputnik-Schocks in der Schweiz, in *Schweizerische Zeitschrift für Geschichte* 57, 4 (2007), 387-416.

Begabtenreservoirs“ durch die „demokratische Öffnung“ der Höheren Bildung begann auch dort, wo eine „democracy“-Idee nicht verwurzelt war. Zur wachsenden Nachfrage nach Studienplätzen kam nun in vielen Ländern eine staatliche Wissenschaftspolitik, die die Tertiärisierung aktiv förderte. Der politische Legitimationsdiskurs in Europa konnte damit an die Sprechweise über Hochschulen, welche in den USA vorherrschte, anschliessen. Diese legitimierten auch Neugründungen von Hochschulen und Experimente mit Gesamthochschulen. Das Erbe der 1960er Jahre waren neue Diskurselemente wie „social equity“ (bald auch „gender equity“). Sozialpolitische Equity-Ideen („Chancengleichheit“) und bürgerliche Wirtschaftspolitik wirkten parallel in der Kritik an der „geschlossenen“ Universität und fordern aus unterschiedlichen Motivationen heraus „Inclusion“ statt „Exclusion“.

Aufgrund der grossen Zahl Studierender und des damit und mit den wachsenden Ansprüchen der Forschung gesteigerten Finanzierungsbedarfs wurde „Universität“ spätestens seit der Mitte der 1960er Jahre zum politischen „Problem“, das durch „Reform“ gelöst werden sollte. Es schien dabei, als müsste die Reform aus der Politik kommen, weil die Institution Universität selbst sich nicht von innen reformieren könne. Je mehr öffentliche Gelder in die Hochschulen flossen, desto heftiger wurde der Wille der Politik, die Hochschul- und Forschungsentwicklung zu bestimmen und zu planen. So lange aufgrund des Wirtschaftswachstums Geld vorhanden war, und so lange der auf die unmittelbare Nachkriegszeit zurückreichende Glaube politisch allgemein geteilt wurde, dass Bildung und Forschung „endless frontiers“ seien, die letztlich irgendwie Wohlstand herbeiführten und damit einem wichtigen Staatszweck entsprachen, war die Krise Dauerzustand. Neue Vorstellungen über die Beziehungen zwischen Gesellschaft und Universität blieben aus. Wissenschaftspolitik wurde dabei zunehmend international standardisiert und mit Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik verbunden, wofür die OECD und teilweise die UNESCO Entscheidendes beitrugen.<sup>28</sup>

Mit den 1970er Jahren, dem Ende der „Hochkonjunktur“ wurden die „Grenzen des Wachstums“ ein Thema. Dies führte in den 1980er Jahren zu neuen wissenschaftspolitischen Vorstellungen. Die Frage war nun legitim, welche realen Effekte die öffentliche Finanzierung von Universitäten auf Wirtschaft und Gesellschaft hätte und wie solche Wirkungen zu messen wären. So brachten die 1980er Jahre ein grundsätzliches Misstrauen in das Verhältnis Gesellschaft-Universität, sie brachten Kreditkürzungen und einen „Value for money“-Diskurs. Die Ökonomisierung des Bildungsdiskurses trat neben den Sozialdiskurs der Chancengleichheit und ersetze den Glauben, dass mehr Bildung und mehr Forschung immer mehr Wohlstand generierten. Dies änderte wenig daran, dass das Bildungssystem auf der tertiären Stufe weiter wuchs, es schränkte hingegen das Wachstum der Strukturen ein, weil das Einfordern von staatlichen Beiträgen nicht mehr mit der schieren Zahl, sondern mit dem Verhältnis Aufwand/Ertrag, mit „Leistung“ zu begründen war. Am Ende der 1980er Jahre fiel mit dem kommunistischen Block auch die Rechtfertigung von Wissenschaftsausgaben durch den „Wettbewerb der Systeme“ dahin.<sup>29</sup>

---

28 Rüegg, Universität, wie Anm. 19, 39. Zu den Wirkungen der OECD-Examina der tertiären Bildung in der Schweiz Mario König, In eigener Sache. Die Universität Basel unterwegs zu Autonomie und neuer Trägerschaft 1985-2010, Liestal 2010, 13. Man sollte sich vergegenwärtigen, dass sich die OECD jeweils stark auf schweizerische Auskunftspersonen stützt, meist solche aus der für wissenschaftspolitische Konzepte verantwortlichen Bundesverwaltung, die damit indirekt die Tendenz der Analysen beeinflussen.

29 Zur Periodisierung wissenschaftspolitischer Ansätze Aant Elzinga, Changing Policy Agendas in Science and Technology, in Sheila Jasanoff, Gerald E. Markle, James C. Petersen, Trevor Pinch Hg., Handbook of Science and Technology Studies, Thousand Oaks 1995, 572-592.

Ein Rückzug des Staates aus der Vollfinanzierung auf eine Basisfinanzierung war die Folge. Das Verhältnis Universität-Gesellschaft wurde begrifflich neu konzipiert in der „Accountability for Autonomy“-Idee. Politische Leitbilder wie Reaganismus und Thatcherismus liessen „weniger Staat“ zur Voraussetzung für „mehr Freiheit“ werden, was im Gestalt des „New public management“ tendenziell bedeutete, dass weniger Ressourcen verfügbar waren bei höherer Erfolgsverantwortung bei den Ausführenden, während sich die Kontrolle von der klassischen Kreditgewährung in Richtung auf das Aushandeln von Leistungsaufträgen, die Definition von Leistungsindikatoren und ein umfassendes Controlling verschob.<sup>30</sup>

Derweilen erwiesen sozialstatistische Arbeiten über die nationalen Bildungssysteme, dass die ‚Demokratisierung‘ des Zugangs zu den Universitäten primär der Reproduktion des Status von Mittelschichten (in einzelnen Fächern gar weiterhin der Oberschichten) diene, aber nicht die versprochene gesellschaftsverändernde Kraft entfalte. So wurde in der Wissenschaftspolitik weiterhin eine „Inklusion“ verlangt im Zeichen der Chancengleichheit, des immer wieder drohenden Fachkräftemangels oder, seit den 1990er Jahren, im Zeichen einer Informations- oder gar Wissensgesellschaft im „globalen“ Wettbewerb der Volkswirtschaften. Damit konnte auch die Kritik perpetuiert werden, derzufolge eine Universität stets ein „Elfenbeinturm“ sei.

Am Ende dieser Entwicklung stand der Ruf nach einem „New Deal“, einem neuen „Contrat Social“ zwischen Gesellschaft und Universität. „Accountability cum Autonomy“ bot sich dafür als eine akzeptable Formel an; nur wurde „Autonomy“ vom einen der Partner, nämlich Gesellschaft und Politik, als Spielraum für unternehmerisches Handeln nach dem wirklichen oder imaginierten Vorbild der nordamerikanischen Privatuniversität verstanden, und „Accountability“ als Information für die Stakeholders-Shareholders (und damit deren Kontrollmöglichkeit) über den Unternehmenserfolg.<sup>31</sup> Im Endeffekt konnte anlässlich der letzten Jahrhundertwende (2000) wie folgt bilanziert werden<sup>32</sup>: „Transzendente Ziele“ (die meist in den Vorstellungen von „Bildung“ oder „Selbstkultivierung“ enthalten waren) wirkten bloss noch „bizarrr“. Eine vorgebliche „Entsakralisierung“ der Tätigkeiten und Ziele der Hochschulen erfolgte durch eine ökonomistische Sprache: „Kunden“, „Dienstleistungen“, „Produkte“. Universitäten wurden als Teile einer „Technostruktur“ repräsentiert statt eines Bildungswesens zum Zweck der kognitiven und affektiven Entwicklung der Menschen. Der Produktivismus wurde zum Referenzsystem, d.h. die Unternehmen der Wirtschaft galten fortan als Modelle für Hochschulen. Die neue Rhetorik (von Guy Neave als „merkantil“ charakterisiert) sprach ein anderes Publikum mit einem anderen Bild von Gesellschaft und einer anderen Auffassung von der Rolle der Universitäten darin an. Bessere Bildung versprach höhere Produktivität und leichtere Anpassung der Menschen an den Wandel. Die Hochschulen selbst sind Instrumente des Wandels („Innovation“) geworden, während sie früher (keineswegs immer zu Recht) als Instrumente des Bewahrens erschienen.

30 Vor zu schneller Verallgemeinerung von Aussagen über Ursprünge des New Public Management warnt Christopher Hood, *The ‚New Public Management‘ in the 1980s. Variations on a Theme*, in: *Accounting, Organizations and Society* 20 (1995), 93-109; Robert Berdahl, *Academic Freedom, Autonomy and Accountability in British Universities*, in: *Studies in Higher Education*, 15, 2 (1990), 169-180; Thomas Estermann u. Terhi Nokkala, *University Autonomy in Europe. Explanatory Study*, European University Association, Brussels 2009.

31 Rudolf Stichweh, *Autonomie der Universitäten in Europa und Nordamerika. Historische und systematische Überlegungen*, in: Jürgen Kaube Hg., *Die Illusion der Exzellenz. Lebenslügen der Wissenschaftspolitik*, Berlin 2009, 38-49.

32 Das Folgende nach der Einleitung des Herausgebers in Guy R. Neave Hg., *Abiding Issues. Changing Perspectives. Visions of the University across a Half-Century*, Oxford 2000.

### 3. Seitenblick auf Universität und Gesellschaft in der Schweiz

Ein Blick auf die Rolle des Bundes in der schweizerischen Hochschul- und Forschungspolitik ist für die Erkenntnis der Modernisierungsprozesse in diesem Land wesentlich.<sup>33</sup> Ein Eingreifen der Bundespolitik in die kantonalen Hochschulen begann erst in den 1960er Jahren mit der Etablierung einer Subventionspolitik, durch welche Bundesmittel zu den Kantonen als den weiterhin souveränen Trägern ihrer Hochschulen flossen. Die Kantone legten dabei Wert darauf, dass der Bund ein Geldgeber blieb, der mit den zugesprochenen Ressourcen keine eigene Hochschulpolitik betreiben konnte. In der schweizerischen Hochschulpolitik wurde seit den 1960er Jahren von Seiten des Parlaments und der Bundesregierung immer wieder versucht, den Bund mit seiner Gesetzgebung als Motor einer Modernisierung im Sinne des internationalen Diskurses der Higher Education Studies einzusetzen. Dabei leisteten internationale Vergleiche den guten Dienst, die „Exklusivität“ des universitären Tertiärsystems in der Schweiz darzutun und damit die Notwendigkeit einer „Inklusion“ oder „Öffnung“ zu begründen.<sup>34</sup> Die europäische Integration<sup>35</sup> und der Wunsch, die Schweizer Hochschulen daran teilhaben zu lassen (der EU-Beitritt als Vollmitglied wurde von der Mehrheit der Schweizer StimmbürgerInnen 1992 abgelehnt), verschafften den Bundesbehörden dort Auftrieb, wo sie bestimmte Themen mit Brückenfunktionen zu Europa für sich besetzen konnten, während die kantonalen Universitäten in Grenzlagen auf eine grenzüberschreitend-regionale Kooperation setzten.

Ab 1998 versuchte der Staatssekretär für Bildung und Forschung, Charles Kleiber, sein Amt zur zentralen Stelle in der „Steuerung“ der „Hochschullandschaft“ zu machen. In einer damals für die Schweiz noch unüblichen Geste legte er seine Überlegungen in einem mit Unterstützung durch Westschweizer Ghostwriter geschriebenen Buch über die Hochschulen dar. Universitätsgeschichte erscheint darin vor allem als ein Instrument, mit dem verstanden werden sollte, warum „die Vergangenheit sich weigert zu vergehen“.<sup>36</sup> Der Autor spricht von einer „Autarkie“ der kantonalen Universitäten, die überholt sei und im ausgehenden 20. Jahrhundert durch die Idee der Vernetzung ersetzt werde (oder werden müsse – es bleibt oft unklar, ob der Diskurs faktologisch oder deontologisch gemeint ist). Seit den 1970er Jahren habe der Bund das Ziel verfolgt, der ganzen Bevölkerung den Zugang zur Universität zu öffnen (man beachte die positive Rollenzuschreibung). Die Universitäten wuchsen durch die Zunahme der Studentenzahlen und die Diversifikation der Fächer. Danach sei ein „komplexes“ Modell gängig geworden. Charakteristisch dafür sei die „Autonomisierung“ der Hochschulen mit dem Ziel, besser auf Sparmassnahmen reagieren zu können: Effizienz, Accountability, New Public Management hielten Einzug. Die Gesellschaft fordere „Resultate“ von den Universitäten. Angebot und Nachfrage statt Autorität würden den Weg der Universitäten bestimmen. Die Universitäten würden eine aktive Rolle übernehmen in einem tech-

33 Karl Weber, Hochschulpolitik in der Schweiz, in: Leo Goedegebuure u.a. Hg., Hochschulpolitik im internationalen Vergleich. Eine länderübergreifende Untersuchung im Auftrag der Bertelsmann Stiftung, Gütersloh 1993, 350-378; Antoine Fleury u. Frédéric Joye, Die Anfänge der Forschungspolitik in der Schweiz. Gründungsgeschichte des Schweizerischen Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung 1934-1952, Baden 2002; Martin Benninghoff u. Jean-Philippe Leresche, La recherche, affaire d'Etat. Enjeux et luttes d'une politique fédérale des sciences, Lausanne 2003; Frédéric Joye-Cagnard, La construction de la politique de la science en Suisse. Enjeux scientifiques, stratégiques et politiques (1944-1974), Neuchâtel 2010.

34 „Die Schweiz verfügt über einen restriktiven Hochschulzugang [...]. Die niedrige Maturitätsquote (1988 nur 12.6% der 19jährigen Bevölkerung) erklärt deshalb denn auch grösstenteils die niedrige Studierquote (1988 15.3% der 20- bis 24jährigen ständigen Bevölkerung)“, Weber, Hochschulpolitik, wie Anm. 34, 352; ders., 369 identifiziert den Wissenschaftsrat als wichtigen Akteur mit einer „zentralistischen Perspektive“, der eine „Hochschule Schweiz“ anstrebe.

35 Zur europäischen Integration und der europäischen Wissenschaftspolitik Rüegg, Universität, wie Anm. 19, 40f.

36 Charles Kleiber, Die Universität von morgen. Visionen, Fakten, Einschätzungen, Bern 1999, 17.

nisch-industriellen Komplex. Dem Staat werde die Rolle des Garanten von Qualität und Verfügbarkeit universitärer Leistungen als Service public zufallen.<sup>37</sup> Die Schrift von Charles Kleiber wird durch solche Gedankengänge, die sich zudem explizit auf Schriften der OECD und der Higher Education Policy Studies beziehen, zu einem Dokument der Übernahme der progressiven, anti-elitären Diskurselemente (in mancher Hinsicht mit New Labour im Vereinigten Königreich vergleichbar). Das Dokument spricht die Sprache eines „change management“, für welches Geschichte („Vergangenheit“) vor allem ein Hindernis für die möglichst reibungslose Umgestaltung, die Umwertung der Werte ist. Der Gesellschaftsbezug der Universität wird instrumentalisiert als Argument für eine marktgängige, managerial geführte und im Kontext von Sparübungen autonomisierte Institution; herkömmliche Formen der Beziehungen zwischen Universität und Gesellschaft werden ignoriert oder für unzulänglich erklärt. Der Diskurs der „Öffnung“, der Berücksichtigung gesellschaftlicher Bedürfnisse und Erwartungen, welche sich am Markt manifestierten, ökonomisiert das soziale Geschehen und kaschiert den Machtanspruch unter der noblen Staatsaufgabe der Sicherung von Qualität und Verfügbarkeit des universitären Angebots im Interesse der Bürgerin und des Bürgers.

Dies war eine bemerkenswerte Verbindung von (nach traditionellen Massstäben) „rechten“ mit „linken“ Positionen am Ende des 20. Jahrhunderts, auf die nach dem Rücktritt dieses Staatssekretärs eine Phase eines neuen Föderalismus folgte: Die kantonalen Universitäten verwendeten ihre Autonomie vermehrt als Hebel zur Durchsetzung ihres Anspruchs, Widerstand zu leisten gegen die Versuche des Bundes, die Wissenschaftspolitik zentral zu steuern, aber auch gegen eine mit universitärer Autonomie angeblich unvereinbare Nachwuchspolitik des Nationalfonds.<sup>38</sup>

## 4. Basler Universitätsgeschichte – eigene Wege und Einmündung in den internationalen Mainstream

### 4.1 Einleitung

Auf den folgenden Seiten stellen wir Thesen zur Basler Universitätsgeschichte zur Diskussion, wobei wir von der Frage nach den Beziehungen zwischen Gesellschaft und Universität ausgehen.<sup>39</sup> Für die Geschichte der vormodernen Basler Universität

37 Kleiber, Universität, wie Anm. 36, 18. Kleibers Schrift ist massgeblich beeinflusst von den Schriften von Burton R. Clark, *The Higher Education System. Academic Organization in Cross-National Perspective*, Berkeley 1983; ders., *Creating Entrepreneurial Universities. Organizational Pathways of Transformation*, Oxford 1998.

38 Als Beispiel für die anfängliche Stossrichtung des Autonomieverständnisses siehe CRUS – Konferenz der Rektoren der Schweizer Universitäten, KFH – Konferenz der Fachhochschulen der Schweiz, SKPH – Konferenz der Pädagogischen Hochschulen der Schweiz, Hochschulautonomie. Sechs Thesen der drei Rektorenkonferenzen (Beschlüsse der Gesamtkonferenz vom 10. März 2005), [http://www.kfh.ch/uploads/dobo/doku/Autonomie-Thesen\\_CRUS-KFH-SKPH.pdf?CFID=22257958&CFTOKEN=43401080](http://www.kfh.ch/uploads/dobo/doku/Autonomie-Thesen_CRUS-KFH-SKPH.pdf?CFID=22257958&CFTOKEN=43401080). Unsere Feststellung zur weiteren Entwicklung beruht auf der Beobachtung von Diskussionen zwischen der CRUS und dem Schweizerischen Nationalfonds sowie der Positionbezüge von Hochschulleitungen, die in den letzten Jahren vermehrt unter Berufung auf die nordamerikanische Begriffsbildung die These verfochten, vollständige Autonomie schliesse unbedingt auch den Entscheid darüber ein, wer an der entsprechenden Hochschule zum Studium zugelassen werden solle und – im Falle von Nationalfonds-Geförderten – wer sich mit einer Förderprofessur innerhalb einer bestimmten Hochschule einrichten dürfe.

39 Die grundlegenden Werke zur Basler Universitätsgeschichte sind diejenigen von Edgar Bonjour, *Die Universität Basel von den Anfängen bis zur Gegenwart 1460-1960*, Basel 1971, und von Georg Kreis, *Die Universität Basel 1960-1985*, Basel 1986; die Darstellungen in <http://unigeschichte.unibas.ch/> (2010) beruhen nur teilweise auf originärer Forschung.

verweisen wir dabei auf die einschlägigen Veröffentlichungen.<sup>40</sup> Nachstehend werden nur das 19. und das 20. Jahrhundert diskutiert.

#### 4.2 **Konservative Modernisierung des 19. Jahrhunderts**

Die Schweizer Gesellschaft, obschon in voller Industrialisierung stehend und angesichts des Fehlens einer rechtlich abgehobenen Adelsschicht eine durchaus „moderne“ bürgerliche Gesellschaft, ging mit nur einer Universität, derjenigen von Basel, ins 19. Jahrhundert.<sup>41</sup> Sie war ein traditionelles Gebilde aus der frühmodernen Entwicklungsstufe der Institution, welche in der Frühen Neuzeit durch die bekannten Gelehrtenfamilien und deren internationale Anerkennung grossen Ruhm erworben hatte, und sie bewahrte die Erinnerung an den ersten Humanismus.

Den Übergang von der alten Welt ins 19. Jahrhundert hatte die Universität überlebt, weil sie als der notwendige Ort des Geistes in einer Handels- und Industriestadt, als ein Element von Prestige und Stadtpatriotismus galt, und sie sollte gegen den Utilitarismus der Industrie und des Bankwesens einen Faktor bilden, der die grossen, „letzten“ Fragen der Kultur und des Bezugs des Menschen zur Transzendenz verwaltete. Für die Kinder der Eliten hatte sie somit eine erzieherische Funktion (abgesehen von der Funktion einer Ausbildung protestantischer Geistlichkeit, der Juristen und der Mediziner, die aber wegen der Kleinheit der Verhältnisse kaum die wichtigste Rechtfertigung ihres Dasein ausmachen konnte), und für die erwachsenen Elitenangehörigen mit geistigen Interessen war die Universität ein Ort von Wissenschaft, an welchem sie sich selbst betätigten, aus dem sie aber auch Erbauung und Einsicht bezogen.

Daraus folgte, dass, soweit die Bescheidenheit der Verhältnisse dies zulies, diese Anstalt eine „Volluniversität“ zu sein hatte, mit Naturwissenschaften und Philologien als der Philosophischen Fakultät, die im modernen Sinne des Neuhumanismus aufgewertet werden und nun gleichberechtigt (wörtlich „co-ordinirt“<sup>42</sup>) neben die drei ehemals „Oberen“ Fakultäten treten sollte. Die Reform der Universität machte aus ihr eine Staatsanstalt.<sup>43</sup> Die Schulreform von 1817 bildete damit eine Einheit, indem die Abschlussklasse des Gymnasiums von den Professoren der Universität unterrichtet wurde; auch die Gymnasialreform stand im Zeichen des Neuhumanismus.<sup>44</sup> Diese erste Rekonstruktion von 1818 war von und für die Eliten konzipiert, welche die Stadt wirtschaftlich und politisch kontrollierten, aber aus der Universität (noch) keinen unmittelbaren materiellen Nutzen zu ziehen gedachten, sondern ihr, wie erwähnt, eine geistige „Mission“ zudachten. Bei der Rekonstruktion 1818 gelang dank der Beteiligung der führenden Familien und dem Einbezug des Industrie- und Bankkapitals für Einrichtung und Betrieb, aber auch mit der direkten Unterstellung unter die Regierung eine echte Integra-

40 Martin Wallraff u. Sara Stöcklin-Kaldewey Hg., Schatzkammern der Universität Basel. Die Anfänge einer 550-jährigen Geschichte, Basel 2010; Jürgen von Ungern-Sternberg, Basel. Die Polis als Universität, in Alexander Demandt Hg., Stätten des Geistes. Grosse Universitäten Europas von der Antike bis zur Gegenwart, Köln etc. 1999, 187-204, 191; Dieter Mertens, Austausch und Abgrenzung. Die oberrheinischen Universitäten an der Wende zum 16. Jahrhundert, in: Basler Zeitschrift für Geschichte und Altertumskunde, 102 (2002), 7-22; Andreas Staehelin, Geschichte der Universität Basel 1632-1818, Basel 1957.

41 Georg Kreis u. Beat von Wartburg Hg., Basel. Geschichte einer städtischen Gesellschaft, Basel 2000.

42 Andreas Staehelin, Der Rang der Fakultäten in der Geschichte der Universität Basel, in: Schweizerische Hochschulzeitung 33 (1960), Sonderheft Universität Basel 1460-1960, 72-76, 73.

43 Bonjour, Universität, wie Am. 39, 344ff.

44 V. Ungern-Sternberg, Polis, wie Anm. 40, 199.

tion in die städtische Gesellschaft.<sup>45</sup> Der Basler Neuhumanismus war die versuchte Quadratur des Zirkels in Gestalt „konservativer Aufgeschlossenheit“, d.h. ein Wertekonservativismus einer städtischen Oligarchie verbunden mit einem lebhaftem Interesse für Naturgeschichte, Kunst, Sprache und Weltgeschehen, das dem weiten Horizont einer global operierenden Wirtschaftselite entsprach.

Erschüttert wurden diese Verhältnisse in dem Moment, da der Elan von 1818 nachzulassen schien, durch den Aufstand der Radikalen, wie er sich international in der neuen Revolutionsphase um 1830 abzeichnete. Die daraus folgende Trennung Basels in einen Stadt- und einen Landkanton hatte unmittelbare Folgen für die Universität. Die Stätte der Bildung galt nun als Hort von Schätzen, die man teilen müsse. Schliesslich wurde zwar nicht die Universität als solche geteilt, aber das Universitätsgut in seinem Wert beziffert und von der Stadtrepublik gewissermassen freigekauft.<sup>46</sup> Damit blieb der Stadt die 1835 „wiederhergestellte“ Universität mitsamt ihren Sammlungen integral erhalten. Auch die Radikalen in der Stadt verfolgten ein Programm der Priorisierung der Volk-sbildung. Daraus ergab sich in der politischen Rhetorik der Generalverdacht, dass die höheren Kultur- und Bildungsinstitutionen der Stadt Anstalten seien, welche zwar vornehmlich der kulturellen Reproduktion der städtischen Elite dienten, aber aus den Steuergeldern aller Bürger finanziert würden.<sup>47</sup> Dies war insofern unberechtigt, als gerade private Gaben entscheidend wichtig für den Betrieb dieser Institutionen waren (erwähnt sei die Tätigkeit der Freiwilligen Akademischen Gesellschaft), aber auch deshalb, weil die Bildungs- und Kulturbegeisterung nicht auf die Eliten allein beschränkt war, sondern auch Teile der Bürgerschaft erfasste, die selbst nicht in die Lage kamen, die Universität zu besuchen. Daraus wurde der bei vielen Festivitäten erneuerte Mythos abgeleitet, dass gerade in Basel auch das einfache Volk, ja die ganze Stadt zur Universität stehe und sie verteidige.

Die mit der geschichtlichen, auf 1460 bezogenen Konstruktion legitimierte Idee einer Autonomie als Korporation gegenüber dem Staat wurde an der Natur des und der Verfügungskompetenz über das Universitätsgut festgemacht. Akademische Freiheit als Parole machte unter den Bedingungen der Engführung staatlicher, wirtschaftlicher und akademischer Eliten in den ersten zwei Dritteln des 19. Jahrhundert anscheinend noch wenig Sinn. In Basel erfüllte die stadtrepublikanisch-konservative Bildung neuhumanistischen Zuschnitts in einem protestantisch-liberalem Gewand die Funktion einer Konsolidierung der Tugend- und Pflichtenlehre für die Republik. Hinzu kam ihre Funktion für die Betätigung der nicht-kommerziellen Eliten sowie der Söhne von Familien aus der kommerziellen Elite, welche nicht „in das Geschäft“ gingen, und der älteren Herren, welche sich nach einer Geschäftskarriere den schönen Künsten und Wissenschaften widmeten. Die Bedeutung der kleinen Universität (1860: 99 Studenten, 40 Dozenten<sup>48</sup>) reichte in diesem Hinsichten weit über jene Funktionen hinaus, welche die Radikalen der Höheren Bildung zugestanden, nämlich für die Ausbildung von Pfarrern, Gymnasiallehrern, Medizinern und Juristen zu sorgen. Die Universitätsidee blieb somit faktisch „exklusiv“ (ohne „Inklusion“ anderer Bildungsgänge und der sie nachfragenden Gruppen). Die Institution Universität lebte dank der „Opferfreudigkeit“ desjenigen „exklusiven“ Kreises, der eine Universität als Instrument einer Bildung wollte,

45 Andreas Staehelin, Die Geschichte der Universität Basel, in: Schweizerische Hochschulzeitung 33 (1960), Sonderheft Universität Basel 1460-1960, 19-27, 23.

46 Bonjour, Universität, wie Anm. 39, 389ff; Andreas Staehelin, Geschichte der Universität Basel 1818-1835, Basel 1959.

47 Bonjour, Universität, wie Anm. 39, 419-428.

48 Staehelin, Geschichte, wie Anm. 45, 25.

welche konservative Werte festigte in mehr oder minder intensiver Auseinandersetzung mit der Modernisierung der Umwelt.<sup>49</sup> Diese Auseinandersetzung führte auf ihrem Höhepunkt zu einer bewusst anti-modernen Geisteswissenschaft, für welche hier vereinfachend der Name von Jacob Burckhardt stehen soll.<sup>50</sup>

Das Universitätsjubiläum von 1860 diente unter anderem der Festigung der Überzeugung, dass die Universität eine Zukunft habe, wenn sie sich endlich von der Selbstgenügsamkeit und Kleinheit der Verhältnisse löse.<sup>51</sup> Ausdruck fand diese Tendenz im Universitätsgesetz von 1866 sowie 1874 in der Eröffnung des Bernoullianums, des ersten eigentlichen Institutsgebäudes für die Naturwissenschaften. Sein grosser Hörsaal diente der Weiterbildung bürgerlicher, nicht-akademischer Kreise durch öffentliche Vorträge, unter denen zunächst technische Themen einen bedeutenden Platz einnahmen. Damit brachte sich die Universität mit angewandter Physik gezielt in ein positives Verhältnis zur modernen Welt, während in den Geisteswissenschaften teilweise die Distanz zur Moderne gepflegt wurde.<sup>52</sup> Da die Professoren bescheiden bezahlt wurden und nur wenige Professuren gesetzlich fixiert waren, war ein System der Aufbesserung für unvermögende Gelehrte von privater Seite und der ad hoc-Finanzierung von Lehrgebieten, welche nicht gesetzlich festgelegt waren, unentbehrlich. Von auswärts Berufene ohne eigenes Vermögen hatten in dieser Lage die Möglichkeit, sich in ein klientelartiges Verhältnis zu Mäzenen zu begeben, die für die nötige Finanzierung sorgten, oder dann im Sinne des „Sprungbretts“ bei nächster Gelegenheit weiterzuziehen. Von Professoren wurde bis weit in das 20. Jahrhundert hinein erwartet, dass sie über ihre engeren wissenschaftlichen Aufgaben an der Universität hinaus der städtischen Gesellschaft dienten und sich damit integriert zeigten, etwa durch die Erfüllung von Aufgaben im Museum, in kulturellen Kommissionen und insbesondere durch das Halten von Vorträgen für ein breites Publikum.<sup>53</sup>

Am Beispiel der Chemie kann der Wandel von der primär der reinen Naturerkenntnis dienenden, universalen Gelehrsamkeit zum industrienahen Professor diskutiert werden. Der Chemiker Christian Friedrich Schönbein (1799-1868) forschte unter primitiven Bedingungen erfolgreich und dozierte Naturwissenschaft.<sup>54</sup> Eine Generation später dienten die Chemieprofessoren zweitweise als städtische Chemiker bei der Untersuchung gefährlicher Produktionsanlagen in der nach 1860 aufblühenden Farbenindustrie, und einige hatten „gemischte“ Karrieren aufzuweisen, welche Anstellungen an Hochschulen im Wechsel mit solchen in der Industrie zeigten. Derjenige, der am offensichtlichsten den gegen Ende des 19. Jahrhunderts neuen Typus des industrienahen

49 Andreas Staehelin, Die grosse private Helferin der Universität. 150 Jahre Freiwillige Akademische Gesellschaft, in: Basler Stadtbuch 1985, Basel 1986, 9-18; Georg Boner, Geschichte der Freiwilligen Akademischen Gesellschaft der Stadt Basel während der ersten 100 Jahre ihres Bestehens, Basel 1935.

50 Lionel Gossman, Basel in the Age of Burckhardt. A Study in Unseasonable Ideas, Chicago 2002.

51 Johann Wahrmond Hess Hg., Beschreibung der vierten Jubelfeier der Stiftung der Universität Basel. 5., 6. und 7. September 1860, nebst Reden und Toasten, Basel 1860; Céline Angehrn, Erinnerungskultur in Basel. Das Basler Universitätsjubiläum von 1860, [www.unigeschichte.unibas.ch](http://www.unigeschichte.unibas.ch), Januar 2010. Nicht zufällig wurde 1860 für eine Sternwarte gesammelt: Christian Simon, ‚Anstalt für Physik, Chemie und Astronomie an der Universität Basel‘. Die ersten Jahrzehnte des Bernoullianums, erscheint in: Basler Neujahrsblatt 2011/2012. Wichtige Anstösse kamen aus den Projekten für eine eidgenössische Bundesuniversität, vgl. Karl Geiser, Die Bestrebungen zur Gründung einer eidgenössischen Hochschule 1758-1874, Bern 1890; Georg Samuel Koprio, Basel und die eidgenössische Universität, Basel 1963.

52 Bonjour, Universität, wie Anm. 39, 433.

53 Frank Vischer, Die Universität in ihrem sozialen Umfeld, in: Lukas Burckhardt/René L. Frey/Georg Kreis/Gerhard Schmid Hg., Das Politische System Basel-Stadt. Geschichte, Strukturen, Institutionen, Politikbereiche, Basel 1984, 155ff.

54 Georg W. A. Kahlbaum u. E. Schaer, Christian Friedrich Schönbein 1799-1868. Ein Blatt zur Geschichte des 19. Jahrhunderts, Leipzig 1899. Peter Nolte, Ein Leben für die Chemie. 200 Jahre Christian Friedrich Schönbein, 1799-1999, Metzingen 1999.

Chemieprofessors repräsentierte, war der Farbstoffspezialist Rudolf Nietzki. Äusserlich sichtbar wurde der Wandel von der Naturwissenschaft als Naturerkenntnis im humanistischen Sinne Merians zur Ausbildung und Forschung mit einem engen Bezug auf die Anwendungen in der Industrie mit dem Bau der Chemischen Anstalt von 1910. Die Industrie, die die Phase des Nachahmens von (in der Schweiz nicht geschütztem) ausländischem Wissen überwunden hatte, verstand sich ab 1910 zunehmend als Teil eines Dreiecks aus Privatwirtschaft, Staat und Wissenschaft.<sup>55</sup>

#### 4.3 **Universitätsgesetz und neues Kollegienhaus: Ein offenes Fenster auf die Beziehungen zum Staat und zur Gesellschaft 1937-1939**

Das erste Drittel des 20. Jahrhunderts war von der „Baustelle Universitätsgesetz“ geprägt, eine Periode, die mit dem neuen Universitätsgesetz von 1937 abgeschlossen wurde.<sup>56</sup> Bestimmte politische Tendenzen forderten die Abschaffung der Theologie insgesamt (als Konsequenz der Trennung zwischen Staat und Kirch von 1910), während für die Diskussion der Autonomie vor allem die Frage wichtig war, ob theologische Stiftungsprofessuren mit der Auflage versehen werden dürften, nur Vertreter bestimmter „Richtungen“ als Kandidaten zu berücksichtigen. Die Theologie wurde 1936 in einer Abstimmung im Grossen Rat „gerettet“, wobei weder der sozialdemokratische Erziehungsdirektor Fritz Hauser noch der freisinnige Kuratelspräsident Ernst Thalmann auf diese Fakultät verzichten wollten, da sie sich davon einen Rückhalt in den ideologischen Konflikten der Gegenwart (d.h. in der Auseinandersetzung mit Faschismus und Nationalsozialismus, aber auch mit Kommunismus)<sup>57</sup> versprochen. Trotz der formellen Säkularisierung galt den führenden Kreisen die Universität weiterhin als ein Ort, an welchem bestimmte Werte, welche für das städtische Gemeinwesen und die Bildung der akademischen Jugend wichtig wären, verteidigt werden sollten. Man glaubte offensichtlich, in der protestantischen Theologie solche Grundwerte zu finden (vgl. unten, Eröffnung des Kollegienhauses 1939).

Im grossen Stellenwert der Autonomie gegenüber den politischen Behörden kann man den Ausdruck eines weiteren Schrittes der funktionalen Ausdifferenzierung zwischen dem Wissenschaftsbetrieb und dem Staat als Agentur der Gesellschaft sehen. Das Gesetz von 1937 war das erste, welches den Grundsatz der Freiheit von Lehre und Forschung überhaupt explizit verankerte, auch im bewussten Gegensatz zu den Gescheh-

55 Eduard Hagenbach-Bischoff, Die Entwicklung der naturwissenschaftlichen Anstalten Basels 1817-1892. Eröffnungsrede bei der 75. Jahresversammlung der Schweizerischen Naturforschenden Gesellschaft in Basel, gehalten von dem Präsidenten Eduard Hagenbach-Bischoff, 5. September 1892, Basel 1892. Tobias Straumann, Die Schöpfung im Reagenzglas. Eine Geschichte der Basler Chemie (1850-1920), Basel 1995. Thomas Busset u.a. Hg., Chemie in der Schweiz. Geschichte der Forschung und der Industrie, Basel 1997. Carsten Reinhard, Forschung in der chemischen Industrie. Die Entwicklung synthetischer Farbstoffe bei BASF und und Hoechst, 1863-1914, Freiberg 1997, 273, 334 zu Nietzki. E. Noelting, Rudolf Nietzki 1847-1917, in: Helvetica Chimica Acta 1 (1918), 343-430. Thomas A. Kaden, Das Departement Chemie. www.unigeschichte.unibas.ch, Januar 2010. Adolf Portmann, Der Aufstieg der Naturwissenschaften, in: Basel. Denkschrift zur Erinnerung an die vor 2000 Jahren erfolgte Gründung der Colonia Raurica, Olten/Basel/Lausanne 1957, 225-243.

56 Josef Zwicker, Zur Universitätsgeschichte in den 1930er Jahren, in: Dorothee Huber u.a., 50 Jahre Kollegienhaus der Universität, Basel 1991, 10-18; Bonjour, Universität, wie Anm. 40, 784-797. Die theologischen Kontroversen, die in Basel mit der Frage nach der Autonomie der Universität verbunden waren, reichten ins 19. Jahrhundert zurück: Seit 1867 versuchte der Verein für kirchliche Reform auf die Ausrichtung der Fakultät Einfluss zu nehmen, nachdem der Verein zur Förderung christlich-theologischer Wissenschaft in den Jahren 1836 und erneut 1872 seinerseits Professuren gestiftet hatte, Bonjour, Universität, wie Anm. 40, 514-520. Zur Theologiedebatte im Vorfeld des Gesetzes von 1927 ders., Universität, wie Anm. 40, 791.

57 Charles Stirnimann, Die ersten Jahre des ‚Roten Basel‘ 1935-1938. Zielsetzungen und Handlungsspielräume sozialdemokratischer Regierungspolitik im Spannungsfeld von bürgerlicher Opposition und linker Kritik, Basel 1988; Zwicker, Universitätsgeschichte, wie Anm. 57, 10-16.

nissen in Deutschland,<sup>58</sup> aber mit einer weiterreichenden Funktion der Trennung der Sphären von Staat und Gesellschaft einerseits, Wissenschaft andererseits. Das Gesetz trug schliesslich auch der inneren Ausdifferenzierung der Fächer Rechnung, wovon die Geisteswissenschaften überproportional profitierten, denen im Zuge der „geistigen Landesverteidigung“ bald grössere Bedeutung zukam. Die Freiwillige Akademische Gesellschaft förderte diese Wissenschaften speziell, indem sie dafür 1935 einen Jubiläumsfonds stiftete.

Dabei blieb trotz wachsender Staatsausgaben für die Universität die private „Philanthropie“<sup>59</sup> wichtig. Allerdings paarte sich das „Geben“ für die Universität und deren Anstalten nicht mehr wie im 19. Jahrhundert mit dem Eindruck, dass die Universität durch die mächtigen Männer der wissenschaftsinteressierten Fraktion der Basler Eliten gewissermassen persönlich kontrolliert würde. Vielmehr handelte es sich im 20. Jahrhundert um ein System, das den Formen moderner Rationalität von Politik und Verwaltung besser entsprach. Das Gesetz von 1937 war der formale Ausdruck dieses Zustands.

Realiter blieb die Autonomie der Wissenschaft begrenzt: Durch die Diskussion und den Entscheid von Kreditvorlagen konnte das Kantonsparlament über jedes Mikroskop befinden, das für einen Institut angeschafft werden sollte. Mit der Institution der Kuratel existierte weiterhin ein intermediäres Gremium, welches zwar Tagespolitik und Parteipolitik von der Universität fernhielt und insofern Schutz und Aufsicht zugleich ausübte; in der Kuratel waren aber auch die relevanten gesellschaftlichen Interessen (einschliesslich der chemischen Industrie) präsent und bestimmten – wenn auch weder in erster noch in letzter Instanz – über die Berufungspolitik wesentlich den Entwicklungsgang der Wissenschaften an der Universität mit. Auch war der Stadtstaat<sup>60</sup> weiterhin finanziell zu schwach, um in teuren Forschungsbereichen einen international kompetitiven und für die Bedürfnisse der inzwischen hochentwickelten Wissenschaftsbasis der regionalen chemisch-pharmazeutischen Industrie ausreichenden Forschungsbetrieb aufrechtzuerhalten. Die Abstimmung zwischen Staat und Industrie resp. privaten Geldgebern blieb dafür unentbehrlich. Regierung und Öffentlichkeit begrüsst diese Kooperation mehrheitlich. Innerhalb dieses Rahmens waren grosse, im innerwissenschaftlichen Sinne unabhängige Forschungsarbeiten möglich, auch wenn diese von Professoren erbracht wurden, die mit einzelnen Industriefirmen Verträge als externe Mitarbeiter hatten, und auch wenn dies in Instituten geschah, die oft von einer ganzen Branche der Wirtschaft (oder von einem einzelnen Unternehmen) finanziell mitgetragen worden sind.<sup>61</sup>

Das Gesetz von 1937, unter welchem die Universität bis 1995 lebte, wirkte als Instrument der Trennung des Administrativen vom Akademischen und in gewissen Aspekten

58 Staehelin, Geschichte, wie Anm. 46, 26; Bonjour, Universität, wie Anm. 40, 784.

59 „Philanthropy“ ist ein wichtiges Konzept für die Geschichte auch der modernen Universität, dessen Bedeutung durch die ‚Amerikanisierung‘ im ausgehenden 20. Jahrhundert weiter gewachsen ist, das jedoch schon im 19. Jahrhundert eine grosse Rolle in der Universitätsfinanzierung spielte. William Darnon u. Susan Verducci Hg., *Taking Philanthropy Seriously. Beyond Noble Intentions to Responsible Giving*, Bloomington 2006. Dwight F. Burlingame Hg., *Philanthropy in America. A Comprehensive Historical Encyclopedia*, Santa Barbara 2004.

60 Von 1818 bis zum Ende der 1960er Jahre kam der Stadtstaat Basel (abgesehen von der Forschungsförderung durch den Nationalfonds seit 1952 und den Beiträgen von Privaten und der Industrie) für die Universität weitgehend allein auf (dies wäre die von Charles Kleiber so genannte „Autarkie“ gewesen). Zwischen 1818 und 1960 wuchs die Bevölkerung und den Faktor acht, der Aufwand für die Universität um den Faktor 200; Staehelin, Geschichte, wie Anm. 46, 26.

61 Christian Simon, Adolf Butenandt für Basel? Geschichte einer gescheiterten Berufung 1946-1949, in: *Basler Zeitschrift für Geschichte und Altertumskunde* 109 (2009), 9-52.

als bewusst vorgegebener „Puffer“ gegenüber dem gesellschaftlichen Wandel. Es war somit noch Ausdruck der konservativ-liberalen Universitätsidee, die zwar (namentlich in den Naturwissenschaften) Neuem gegenüber aufgeschlossen war, aber doch noch eine wesentliche Aufgabe in der Reproduktion der Eliten und in einer Bewahrung von Werten sah.

Klein war die Zahl der Studierenden (die seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert auch Angehörige des weiblichen Geschlechts umfasste)<sup>62</sup> auch im Vergleich zur rasch wachsenden Einwohnerzahl der Stadt. Basel war somit keine ‚Universitätsstadt‘ nach dem Muster von Heidelberg oder Tübingen. Die universitäre Welt hatte deshalb auch nur beschränkte Voraussetzungen, eine Gegenwelt zur städtischen Gesellschaft aufzubauen. Manche Professoren wirkten als bekannte Figuren in der Stadt und bildeten eine prominente Reihe, die von C. G. Jung und Schönbein in der Mitte des 19. Jahrhunderts zu Adolf Portmann (berufen 1933), Karl Barth (1935) und Karl Jaspers (Berufung 1948) oder zu den Historikern mit nationalem Auftrag oder kultureller Interpretationssmacht wie Edgar Bonjour und Werner Kaegi und damit bis in die 1960er Jahre hinein reichte.<sup>63</sup> Die Institution Universität war zwar auf diese Weise eine Institution sui generis mit eigenen Funktionen der Bildung, Ausbildung, Forschung, aber auch der Belehrung und notfalls Zurechtweisung jenseits der Institutionsgrenzen; aber diese akademische Funktionserfüllung sonderte sie somit gerade nicht von der städtischen Gesellschaft ab, sondern wies ihr einen definierten Platz darin zu. Trennte sie sich dennoch ab, wurde dies als Rückzug ins Spezialistentum öffentlich getadelt.

Denn inzwischen war Funktionserfüllung in der Wissenschaft zunehmend verbunden mit einer Lostrennung des Gelehrten von der Republik; und seine Tätigkeit wurde, sollte sie wissenschaftlich aktuell sein, zunehmend unverständlicher auch für Bürger mit guter allgemeiner Bildung. Diese Tendenz wirkte sich ohne Rücksicht auf die öffentliche Erwartung aus, im Professor einen „praeceptor“ und „censor“ zu suchen, der in die Gesellschaft hineinwirkte. Dies galt aber vorerst nur für die Naturwissenschaften und einzelne Gebiete der (Bio-) Medizin; und diese waren wiederum ausserhalb der Universität sehr wohl vernetzt mit einem bestimmten Sektor der städtischen Wirtschaft und der sie tragenden gesellschaftlichen Eliten, nämlich der chemisch-pharmazeutischen Industrie.<sup>64</sup> Geisteswissenschaften bleiben hingegen „verständlich“ und wurden in der geistigen Landesverteidigung noch stärker in die öffentlich-gesellschaftliche Funktionserfüllung einbezogen.

---

62 Zur Entwicklung der Studierendenzahlen an der Universität Basel <http://www.unigeschichte.unibas.ch/materialien/frequenzen/>.

63 Georg Kreis Hg., *Zeitbedingtheit - Zeitbeständigkeit: Professoren-Persönlichkeiten der Universität Basel*, Basel 2002. Wir stellen hier als Tatsache fest, ohne damit zum *laudator temporis acti* werden zu wollen, dass sich in dieser Hinsicht die „Mission“ der Universität gegenüber der Gesellschaft deutlich gewandelt hat. Die Annahme eines überzeitlich geltenden „Kerns“ der Universitätsmission ist unhistorisch und dient letztlich einer Geschichtsschreibung, die Kontinuität im Wandel konstruieren will; vgl. König, *Sache*, wie Anm. 29, 245: „Im Kern bleibt die Universität Basel primär das, was sie auch zuvor schon war: eine professionelle Organisation wissenschaftlicher Expertinnen und Experten zwecks Betreibung einer Forschungs- und Lehranstalt.“ Bezogen auf das 19. und die ersten zwei Drittel des 20. Jahrhunderts ist jedes Element dieser Aussage höchst fragwürdig.

64 Christian Simon, *Naturwissenschaften in Basel im 19. und 20. Jahrhundert. Die Philosophisch-Naturwissenschaftliche Fakultät der Universität*, [www.unigeschichte.unibas.ch](http://www.unigeschichte.unibas.ch), Januar 2010.

Die Eröffnung des Kollegienhauses 1939<sup>65</sup> bietet eine interessante, wenn auch nicht einfach zu nutzende Gelegenheit, Einblicke in die Verhältnisse zwischen Gesellschaft und Universität am Vorabend des Zweiten Weltkriegs zu gewinnen. Die alte Idee aus dem 19. Jahrhundert, einen universitären Campus um den Petersplatz herum zu schaffen, realisierte sich hier partiell und verspätet. Hier hatte sich die Stadtrepublik, die inzwischen Chemiestadt geworden war, in einer Krisenzeit einen mehr oder minder modern anmutenden Tempel des Wissens und der Wissensvermittlung geschaffen, wie 90 Jahre zuvor die alte Republik auf die Krise der Kantonstrennung mit dem Bau des tempelartigen Museums an der Augustinergasse in der kühlen Sprache des Klassizismus geantwortet hatte.

Die einzige Ansprache, welche der Sonderteil der Basler Nachrichten, der über den Bezug des neuen Kollegienhauses berichtete, in extenso wiedergab und die damit einen besonderen Stellenwert bekam, war die Klage von Max Gerwig (1889-1965) über die Verwissenschaftlichung der Fächer und die daraus resultierende Abschliessung des Gelehrten von der Gesellschaft in der hochspezialisierten Forschung. Gerwig war Kuratelspräsident, mit den Stimmen der Linken 1927 gewählter Zivilgerichtspräsident, Mitherausgeber der religiös-sozialen Zeitschrift *Aufbau* und Professor für Zivilrecht. Er suchte nach grossen geistigen Führern, die zum (demokratisch organisierten) Volk sprächen, und sah in einer solchen Führung eine der wichtigsten Funktionen der Universität im Stadtstaat. Wissenschaftler fasste er als Lehrer auf, die in schwieriger Zeit Verantwortung ergriffen und öffentlich für Vernunft, Rationalität und vor allem für humanitäre Werte eintraten. Not und Krise machten aus „akademischen Fragen wieder Lebensfragen“. Interessant sind die Beispiele: Die Frage nach dem Sinn der Evolution (ein Portmann-Thema) werde ganz anders aktuell vor dem zeitgeschichtlichen (nationalsozialistischen) Hintergrund. Historische Persönlichkeiten sprächen wieder neu zu den Menschen der Gegenwart. Und in der Rechtswissenschaft gehe es wieder um das Recht als eine Annäherung an die grosse Idee der Gerechtigkeit. Aus Spezialistentum werde, wie in der Medizin, wieder ein Streben nach ganzheitlicher Erfassung des Menschen. Offensichtlich ist hier die Absicht, der Universität eine Bildungsaufgabe im Dienste der Erhaltung eines Werte-Konsensus für die Wahrheit und die Demokratie gegenüber dem nackten Machtgedanken (Recht des Stärkeren) und der Diktatur zuzuschreiben. Die Sorge um die Abschliessung der Wissenschaft von der städtischen Gesellschaft und deren Zentrierung auf sich selbst rührte daher.<sup>66</sup>

Das Studium der Jubiläumsfeier von 1960<sup>67</sup> führt auf nicht wirklich andere Schlüsse. Aber die Industrie zeigte ihre Bedeutung und ihre Verflechtung mit der Universität nun viel offener, indem sie Geschenke gab und Ehrungen entgegennahm. Der Ciba-Präsident Robert Käppeli meinte damals zum Verhältnis zwischen Wirtschaft und Hochschule: „Beide sind aufs engste mit unserem gesellschaftlichen Leben verflochten und

---

65 Alfred Labhardt, *Geschichte der Kollegiengebäude der Universität Basel 1460-1936*. Festschrift der Universität Basel zur Einweihung des neuen Kollegienhauses am 10. Juni 1939. Mit dem Beitrag: *Das Neue Kollegienhaus vom Architekten Roland Rohn*, Basel 1939; Dorothee Huber, *Das Kollegienhaus der Universität Basel*, hg. v. der Gesellschaft für schweizerische Kunstgeschichte, Bern 20032; Alois Diethelm, *Roland Rohn 1905-1971* (hg. v. Alexander L. Bieri), Zürich 2003; Lea Bühlmann, *Konstruktionen. Die Entstehung des neuen Kollegienhauses der Universität Basel auf dem Petersplatz 1860 bis 1939*, [www.unigeschichte.unibas.ch](http://www.unigeschichte.unibas.ch), Januar 2010.

66 *Das Neue Kollegienhaus der Universität Basel*. Sonderbeilage zur Einweihung am 10. Juni 1939, *Basler Nachrichten* Nr. 155 (10.6.1939); Max Gerwig, *Vergangenheit und Zukunftshoffnung. Ein Wort zur Einweihung des neuen Kollegienhauses*, ebenda.

67 Paul Roth, *Die Fünfhundertjahrfeier der Universität Basel 1960*. Erstattet im Auftrag des Organisationskomitees, Basel 1960; <http://www.unigeschichte.unibas.ch/die-universitaet-jubiliert/1960-500-jahre---ein-halbes-jahrtausend/1960-500-jahre.html>.

Dioskuren gleich stehen sie, je nach dem Standpunkt des Betrachters, abwechselnd in Licht und Schatten, obwohl sie gemeinsamen Ursprungs und gemeinsamen Schicksals sind.“<sup>68</sup> Die Feier für 500 Jahre Universität reihte sich auch in diesem Sinne ein in die Serie von Unternehmensjubiläen der chemischen Industrie, unter denen die vom PR-Mann Markus Kutter orchestrierte 200-Jahrfeier der J. R. Geigy A.G. 1958 die glanzvollste Veranstaltung war, gefolgt vom Jubiläum für Ciba, während Sandoz zurückhaltender und mehr im Sinne des Aufbaus und Zusammenhalts des eigenen Konzerns feierte als mit dem Ziel einer Demonstration ihrer Verbundenheit mit der Stadt Basel. Diese Veränderungen kann man als Folgen des rasanten Wachstums einer Branche seit der Nachkriegszeit deuten.<sup>69</sup>

Universität, Industrie und Staat bildeten nun ein starkes Dreieck, dessen grosse Bedeutung für Wohlstand und Vollbeschäftigung auch die Linke nicht in Frage stellte (Ausnahmen gab es sehr wohl unter Kommunisten, aber auch bei den Liberalen und im Landesring der Unabhängigen). Hinzu trat der „Geist“, der in der geistigen Landesverteidigung wichtig gewesen war, und der in der Nachkriegszeit als republikanische Vernunft amtierte. Vor diesem Hintergrund spielte die Universität auch 1960 weiterhin ihre Rolle als Ort des Geistigen in einer materialistischen Welt. Die Feier von 1960 stand in einer Kontinuitätslinie zum Schub der „republikanisch-konservativen Modernisierung“ der Vorkriegszeit, insbesondere erscheint das Jubiläumsjahr dann so, wenn aus der Perspektive der Umwälzungen geurteilt wird, welche das ausgehende 20. Jahrhundert mit sich brachte.

Eine jüngere Generation liebte sich in den 1960er Jahren die Gewänder des Neomarxismus aus. Universität konnte für sie zweierlei bedeuten, einen Ort der freien geistigen Betätigung und damit ein Labor zur Entwicklung der Kritik am Bestehenden und zur Ausbildung von Utopien für eine bessere Welt, oder eine Bastion der Satttheit, des Kompromisses und der Verfilzung von Geist und Mammon, von Wissenschaft und Pharmaindustrie, von Kultur und Bourgeoisie, dominiert von einem Establishment, das im Namen der Gerechtigkeit, Demokratie, Rationalität und Freiheit kritisiert werden müsste. Im Vergleich zu den Aktivitäten an den Hochschulen ausländischer Metropolen erschien und erscheint das, was nach 1968 in Basel geschah, schwach legitimiert und schwach ausgeprägt (die Rolle einiger US-Universitäten in den Bürgerrechtskämpfen deutete ohne Zweifel auf eine höhere Mission hin), verspätet (die Aktionen in Deutschland hatten 1967 begonnen) und unspektakulär.<sup>70</sup>

Viel folgenreicher wurde die Universität in ihren klassischen, auf Fakultäten und Lehrstühlen basierten Formen herausgefordert durch neue „materialistische“ Ideen, wie die Forschung zu privilegieren wäre zulasten der Lehre, um Basel zu einer international rekrutierenden Zentrale exzellenter Forschung zu machen, von der mittelbar die Industrie profitieren sollte. Die Gegenwart der Forschungspolitik hatte die kleine Uni-

68 Robert Käppeli, Hochschule und Wirtschaft, in Schweizerische Hochschulzeitung 33 (1960), Sonderheft Universität Basel 1460-1960, 103-108, 104.

69 Henry Muchenberger, Chemische Industrie und Öffentlichkeit im Lichte der Firmenjubiläen ‚200 Jahre Geigy‘ 1958 – ‚75 Jahre CIBA‘ 1959 – ‚75 Jahre Sandoz‘ 1961. Mit einer längeren Skizze zur wirtschaftlichen Stellung und Bedeutung der chemischen Industrie der Schweiz der 1950er Jahre, Basel 1994 (unveröffentlichte Lizentiatsarbeit Universität Basel).

70 <http://www.unigeschichte.unibas.ch/aufbrueche-und-krisen/68-aufbruch-oder-krise/68-aufbruch-oder-krise.html>; vgl. auch Konrad H. Jarausch, Das Humboldt-Syndrom. Die westdeutschen Universitäten 1945-1989. Ein akademischer Sonderweg? in: Mitchell G. Ash Hg., Mythos Humboldt. Vergangenheit und Zukunft der deutschen Universitäten, Wien 1999, 58-79; Damir Skenderovic u.a. Hg., 1968 - Revolution und Gegenrevolution. Neue Linke und Neue Rechte in Frankreich, der BRD und der Schweiz, Basel 2008 (= Itinera 27); Ingrid Gilcher-Holtey, Die 68er Bewegung. Deutschland – Westeuropa – USA, München 2001<sup>3</sup>. Für den weiteren Kontext Philipp Gassert u. Martin Klimke Hg., 1968 – Memories and Legacies of a Global Revolt. Bulletin of the German Historical Institute, Supplement 6, 2009.

versität Basel eingeholt. So entstand das erfolgreiche Biozentrum<sup>71</sup> im Zeichen des Dreiecks Staat-Universität-Industrie zur gleichen Zeit, da die progressiv bewegte Jugend eine ganz andere Universität wollte. Gleichzeitig traten grosse Geister, welche im Sinne von Max Gerwigs Mahnung von 1939 als „Praeceptores“ der Stadt, ja der Nation oder der Menschheit öffentlich gewirkt hatten, in den 1960er Jahren ab, nicht ohne in der Person von Adolf Portmann das Neue grundsätzlich und öffentlich abgelehnt zu haben.<sup>72</sup>

Neue Fragen wurden in den 1960er Jahren auch durch die Idee einer Planung an die Universität herangetragen. Planung war ein zeittypisches Instrument mit dem Zweck, Universität und gesellschaftliche Ausgaben in ein Gleichgewicht zu zwingen. Daraus entstand die zuständige Kommission, deren Bedeutung nach 1970 rasch zunahm (Koordinationskommission, später Planungskommission genannt). Die Sparpolitik der Regierung setzte der Universität in den 1970er und 1980er Jahren zu. Die vorübergehend laut diskutierte Idee, der Universität eine neue Hauptmission zuzuschreiben, nämlich sie zu einem autonomen, durch Mitbestimmung der Studierenden und des Mittelbaus gesteuerten Ort zu machen, von dem aus die Gesellschaft verbessert oder gar aus den Angeln gehoben werden könnte, verflieg. Es blieb ein Reformstau, es blieb der Eindruck, dass die Universität in ihrer bestehenden Form weder zu einem dem (relativen) Ansturm der Massen resp. der Demokratisierung ihrer Rekrutierungsbasis standhalten- den Lehrinstitut taugen noch in ihrer Verfassung vom 1937 eine relevante Stätte moderner Forschung abgeben könne. Der sich 1939 wie 1960 manifestierende Glaube an die Funktionserfüllung in Lehre und Forschung für Gesellschaft und Wirtschaft im historischen Gehäuse war erschüttert. Bezeichnend dafür war die Preisgabe des alten Universitätslogos, das sich des Universitätssiegels mit der Mondsichelmadonna bedient hatte.

Der zunehmender Finanzbedarf politisierte das Sprechen von aussen über die Universität. In den Debatten um ein neues Universitätsgesetz zwischen 1971 und 1980 wurde bereits ein Universitätsrat angedacht. Der Rat hätte Aufgaben übernommen, die das Gesetz von 1937 der Regierung vorbehalten hatte; auch sollte die Institution dieses Rates der Planungsidee Rechnung tragen. Die Entwürfe der 1970er Jahre wollten auch die Mitbestimmung regeln und verbanden mit dem Schritt zur managerialen Führung denjenigen zur Demokratisierung der Entscheide. Der Gesetzesentwurf war wie das Gesetz von 1937, welches er hätte ablösen sollen, noch ein Werk der klassischen legislativen Kultur mit umfassenden, detaillierten Regelungen (ca. 100 Paragraphen). Dieses Reformprojekt scheiterte 1980 an einer Koalition von Links und Rechts.<sup>73</sup>

#### 4.4 Baselland greift ein

Den Stein ins Rollen brachte jedoch weder die wachsende Studierendenzahl als solche, noch Veränderungen der gesellschaftlichen Funktionen der Universität, noch eine offensichtliche und explizite Rezeption internationaler Ideen (wie wir sie eingangs im Überblick referiert haben). Es war die Finanzknappheit der 1970er Jahre und der Ver-

71 E. Kellenberger/A. Pletscher/C. Tamm/A. Schneider, Die Entstehung des Biozentrums in Basel, in: Verhandlungen der Naturforschenden Gesellschaft Basel 102 (1992), 111-132; Niklaus Stettler, Natur erforschen. Perspektiven einer Kulturgeschichte der Biowissenschaften an Schweizer Universitäten 1945-1975, Zürich 2002.

72 Markus Ritter, Die Biologie Adolf Portmanns in zeitgeschichtlichem Kontext, in: Basler Zeitschrift für Geschichte und Altertumskunde 100 (2000), 207-254; Adolf Portmann, Naturschutz wird Menschenschutz, Zürich 1971; ders., Die Biologie als technische Weltmacht, Zürich 1970.

73 Kreis, Universität, wie Anm. 40.

such, die Trägerschaft der Universität durch eine Beteiligung von Baselland zu erweitern. In Baselland selbst bestanden starke Tendenzen, sich an der Universität zu beteiligen und so die Zukunft einer auch für den Landkanton und die gesamte Region (über die Kantonsgrenzen von BS hinaus) wichtigen Hochschule zu sichern. Diese waren vor allem im unteren Kantonsteil verankert, für den die Zentrumsfunktionen der Stadt wesentlich waren. 1975 wurde der erste Universitätsvertrag zwischen Basel-Stadt und Basellandschaft abgeschlossen.<sup>74</sup> Dieser galt rasch als ungenügend. Dabei setzte sich die Überzeugung fest, dass die Universität schlecht wirtschaftete und mit vielen Leerläufen Geld verschwende; auch sei die Universität unbeweglich und könne nicht flexibel auf Veränderungen reagieren. Strukturelle Modernisierungen galten seither als Voraussetzung für eine weitergehende Baselbieter Beteiligung an der Universität.<sup>75</sup>

1989 wurde deshalb eine Unternehmensberatungsfirma, Hayek Engineering AG Zürich, mit einer Analyse der Strukturen und des Funktionierens der Universität beauftragt, welche über keine Kenntnisse der Eigenheiten einer Universität verfügte, aber die Strukturen der ETH Zürich durchleuchtet hatte und viel Erfahrung mit der Verschlingung von Unternehmen der privaten Wirtschaft mitbrachte und damit das Vertrauen massgebender Politiker in Baselland genoss. Die Firma beschreibt heute ihre damalige Aufgabe wie folgt: „Das Ziel war, das Aufzeigen von Effizienzsteigerungen sowie das Lehr- und Forschungsgebiet auf Harmonisierung (im Sinne fehlender oder ungenügend wahrgenommener Aufgaben) zu überprüfen und Leitung und Verwaltung so zu gestalten, dass ein Universitätsbetrieb mit mehr Selbstverwaltung und weniger Verwaltungsaufwand entsteht. Das Ergebnis war ein stark konzentrierter Dienstleitungskörper, mit klar umrissenen Kompetenzen gegenüber Aufsichtsorganen und definierten Dienstleistungen für Institute und Seminare.“<sup>76</sup>

Es war dann der neue Staatsvertrag zwischen dem Stadt- und dem Landkanton vom 30. März 1994 (Unterschriften der Regierungen) respektive vom April 1995 (Genehmigung durch den Grossen Rat Basel-Stadt), welcher das Universitätsgesetz von 1995 weitgehend präjudizierte.<sup>77</sup> Debatten um die Ausgestaltung der Universität erfolgten innerhalb des durch diesen Vertrag vorgegebenen Rahmens: Viel ändern konnte die baselstädtische Politik nicht, sonst setzte man den inzwischen deutlich gewachsenen finanziellen Beitrag, der von Baselland in Aussicht gestellt wurde (per 1996 versprach der Landkanton einen Beitrag von 75 Mio. Franken, unter dem vorherigen Vertrag waren es 30 Mio. weniger gewesen – die Gesamtausgaben betragen ca. 300 Mio. Franken)<sup>78</sup>, aufs Spiel. Wirklich grundsätzliche Erwägungen sucht man unter anderem aus diesem Grund in den damaligen Diskussionen vergeblich. Eine volle Mitträgerschaft von Baselland kam übrigens erst am 11. März 2007 zustande (Volksabstimmung in Baselland).<sup>79</sup>

74 V. Ungern-Sternberg, Polis, wie Anm. 41, 203.

75 UniPLUS – Das Informationsblatt des Fördervereins Universität Basel (FUB), Arisdorf Basel-Landschaft, Ausgabe Februar 2005.

76 Hayek Engineering AG, Home page, „References“, [www.hayek.ch/flash\\_d/index.html](http://www.hayek.ch/flash_d/index.html), besucht am 14.7.2008. Nach König, Sache, wie Anm. 29, 61, brachte der Kuratelspräsident Karl Häusler diese Firma ins Spiel; die Auftragserteilung wurde im Wesentlichen durch eine Delegation der Kantonsregierung von Baselland im Herbst 1989 eingeleitet und im August 1990 konkretisiert, ebenda, 68f u. 75.

77 Neuer Uni-Vertrag beider Basel unter Dach, Basler Zeitung 99 (28.4.1995), 1; Das neue Universitätsgesetz fand allgemeine Zustimmung, Basler Zeitung 262 (9.11.1995), 36.

78 Universität Basel macht erste Schritte in Richtung Autonomie, Basler Zeitung 254 (30.10.1996), 3.

79 Detaillierte Chronik aus der Perspektive der handelnden Politiker und Universitätsverantwortlichen bei König, Sache, wie Anm. 28.

Der Staatsvertrag vollzog 1995 das, was international unter dem Begriffspaar „accountability cum autonomy“ verstanden wurde. Dies geschah jedoch aus einer weitgehend lokalen Konstellation heraus, die direkt wenig mit internationalen hochschulpolitischen Diskursen, aber sehr viel mit dem Kanton Basellandschaft, dem traditionellen Ruf nach Rechenschaftsablegung und der rechtlichen Notwendigkeit, die Institution Universität auf einer („autonomen“) Ebene anzusiedeln, auf der sie weder der Stadt noch der Landschaft „gehörte“ („ownership“), zu tun hatte. Gezeichnet wurde als Ziel das Bild eines modernen Ausbildungs- und Forschungsunternehmens, das sich am „Markt“ orientiere und damit die öffentlichen Mittel effizient und effektiv in qualitativ hochstehende Leistungen investiere, welche der Gesellschaft in Gestalt von Beiträgen zu einem Innovationssystem und für den Arbeitsmarkt gut gerüsteten Absolventen dienen würden. Wie ein umfassender Innovationsbegriff impliziert, waren damit durchaus auch so genannte „immaterielle“ Leistungen für die Gesellschaft gemeint. Bewusst wurde in das Projekt der basellandschaftlichen Beteiligung auch die Gesellschaft in ähnlicher Weise einbezogen, wie dies die Stadt für ihr Verhältnis zur Universität getan hatte. Dazu diente der Förderverein Universität Basel, der gezielt bei den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern des Landkantons für eine stärkere Universitätsbeteiligung warb, meist unter dem Vorzeichen der positiven Wirkungen der Universität auf die Wirtschaft.<sup>80</sup>

#### 4.5 1996: eine neue Universität

Das Gesetz von 1995 brach mit der legislatorischen Kultur früherer Zeiten, indem es als kleines („schlankes“) Rahmengesetz konzipiert wurde. Alle Details, die früher mit hoher Verbindlichkeit ebenfalls im Gesetz geregelt und damit von raschen „Umsteuerungen“ ausgenommen worden waren, standen jetzt in einer Verordnung („Statut der Universität Basel“ vom 6.3.1996), welche der Universitätsrat erliess. Dadurch, dass der Universitätsrat budgetierte, Ziele setzte, Professoren ernannte und die innere Verfassung der Universität durch das Statut (einschliesslich Personalkategorien) bestimmte, wurde vor allem die Kompetenz des Parlaments massiv beschnitten. Formalrechtlich gesehen wurde auch die Rolle der Regierung (d.h. beider Regierungen, wenn Basellandschaft mitbedacht wird) durch den Universitätsrat reduziert. Da aber – entgegen dem Willen gewisser Parlamentsmitglieder – Regierungsmitglieder im Universitätsrat mitbestimmten, blieb de facto der Einfluss der Regierung(en) auf die Universität weiterhin gewahrt.

Die Bestimmung der Natur des Universitätsrates wirft viele Fragen auf. Teilweise erinnert er an die Boards of Trustees der nordamerikanischen Modelle. Wäre das so intendiert, dann müsste der Rektor ein starker „President“ sein – er ist aber eher der „Generaldirektor“. Betrachtet man die Mitglieder des Universitätsrats (analysiert wurde die erste Zusammensetzung des Universitätsrates von 1996) als Repräsentanten gesellschaftlicher Interessen gegenüber der Universität, dann waren in der ersten Periode darin vertreten: die chemisch-pharmazeutische Industrie (indirekt Sandoz und Roche durch diesen nahestehende Personen, direkt Ciba-Geigy), das Bankwesen und der Dienstleistungssektor (Grossverteiler), die Kultur (Museumswesen) ... sowie die Politik (CVP, SP, Liberale). Den Rat so aufzufassen, ist aber nicht die Intention gewesen,

80 Siehe UniPLUS, wie Anm. 75. Das herkömmliche akademische Wertesystem wurde in den Diskussionen über die Neugestaltung der Universität oft dem Negativstereotyp der obsoleten, „zünftischen“, vormodernen, gegenüber der Gesellschaft unverantwortlichen Gelehrtenrepublik zugerechnet; insbesondere Vertreter des Landkantons zeigten Misstrauen gegen den Grundsatz der Freiheit von Lehre und Forschung; König, Sache, wie Anm. 28, 141

wenn man die öffentlichen Äusserungen des ersten Präsidenten durchgeht. Dessen Aussagen lassen sich so interpretieren, dass zuerst tatsächlich Gegensätze zwischen solchen gesellschaftlich-wirtschaftlich-politischen Interessen die Diskussionen beherrschten, dass sich aber mit der Zeit eine Gemeinsamkeit der Ratsmitglieder herausbildete im Sinne von „wir sind der Universitätsrat und vertreten die Gesamtinteressen der Universität gegenüber den grossen Geldgebern“, d.h. den Parlamenten von Basel-Stadt und Basellandschaft – aber auch gegenüber den Universitätsangehörigen, die im Verdacht standen, nur für ihre Professur, ihr Fach, ihre Fakultät oder Gruppierung zu handeln. Die Tatsache, dass sich die Mitglieder verschiedenen Interessenkontexten zuordnen lassen, soll also nicht bedeuten, dass sie diese Interessen gegenüber der Universität im Sinne eines Lobbying vertraten. Vielmehr sollen sie die Erfahrungen, welche sie als Verantwortliche in diesen gesellschaftlichen Kontexten sammeln konnten, für die strategische Führung der Universität einbringen und fruchtbar machen – was eine Nähe zur Zusammensetzung von Verwaltungsräten vermuten lässt. Beachtet man gewisse Äusserungen im Ratschlag zum Universitätsgesetz, so wurde anscheinend aus der Hayek-Untersuchung die Idee übernommen, dass der Universitätsrat eine Art „Verwaltungsrat“ (in Analogie zu Aktiengesellschaften nach schweizerischem Recht) sei – so wurde er in den ersten Pressemitteilungen auch direkt bezeichnet. Dementsprechend wäre der Rektor der oberste Leiter (CEO, Generaldirektor) der ‚Firma Universität‘ mit operativer Verantwortung (im Unterschied zur strategischen Leitung, welche beim Universitätsrat läge). Die Analogie zum Verwaltungsrat ist einerseits problematisch, weil es keine Aktionäre der Universität gibt: So kann es auch keinen Verwaltungsrat im Sinne der Vertretung der Interessen der Kapitalgeber geben. Andererseits ist sie hilfreich zum Verständnis seiner Aufgaben, weil ein Verwaltungsrat in Unternehmen tatsächlich die Doppelfunktion hat, sowohl strategisch zu führen (nicht nur mit Zustimmung oder Ablehnung auf die Vorlagen der Direktion zu reagieren) als auch eine Kontrolle und Aufsicht über das Unternehmen auszuüben.<sup>81</sup> So ist letztlich die Rolle des Rates, wie sie im Gesetz festgehalten ist (was die Praxis seither ergeben hat, ist eine andere Frage), ‚hybrid‘.

Gegenüber den Kantonen (Aussenperspektive) ist der Rat nicht „die Universität“ selbst, aber deren Interessenvertreter; er verkörpert durch seine Kompetenzen die „administrative Autonomie“ der Universität und deren Gesamtinteresse, auch dadurch, dass er mit begründeten Geldforderungen an die wichtigsten Finanzierer der Universität herantritt.

Aus der Innenperspektive der Universität ist er hingegen ein Aufsichts-, Kontroll- und Entscheidungsgremium, das unter Berufung auf das allgemeine Interesse der Universität – interpretiert durch ein Gremium, das aus Nicht-Universitätsleuten besteht – beschliesst und „führt“. So übernimmt er an der Schnittstelle zur Universität eben doch gelegentlich wieder die Funktion einer Vertretung gesellschaftlicher Interessen gegenüber der Hochschule. Der Universitätsrat, meinte der erste Ratspräsident in einem Interview, „vertritt die Öffentlichkeit, welche die Universität zur Hauptsache finanziert“. Und er sagte auch, dass die Lehre Schwerpunkt sein soll, denn: „Verbundenheit mit der

---

81 Zur Zusammensetzung des ersten Universitätsrates König, Sache, wie Anm. 28, 156ff; daraus wird klar, dass keine Repräsentation gesellschaftlich relevanter Kräfte intendiert war, sondern verantwortungsbewusste, entscheidungsgewohnte Individuen eingesetzt werden sollten, die über eine relevante undhinreichend diverse Führungserfahrung verfügen sollten; ebenda 159. Zum schweizerischen Begriff des Verwaltungsrats und dessen Aufgaben vgl. Scorecard – das Themenmagazin für Führungskräfte, St. Gallen [o.J., 2008]. Dort wird der Verwaltungsrat zugleich als „Gestaltungsrat“ und „Controllingrat“ angesprochen.

Universität entsteht dadurch, dass sie Ausbildungsstätte ist für die jungen Menschen der Region“. Von Forschung war hier nur in zweiter Linie die Rede: „Forschung braucht es jedoch, damit wir erstklassige Lehre anbieten können“. Dies entspricht einer Aussensicht aus gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Perspektive, nicht aber dem humboldtianischen Selbstverständnis der Einheit von Forschung und Lehre, welches den Universitätsleuten ein Anliegen ist.

Vereinfacht gesprochen geht es um „Grenzziehungen“: Von innen gesehen „endet“ die Universität beim Rektorat resp. hat dort ihre „Schnittstelle“ zur „Aussenwelt“, und der Universitätsrat repräsentiert das „Draussen“, Wirtschaft, Gesellschaft, Politik, wie es früher der Regierungsrat, das Parlament, der Erziehungsrat und teilweise die Kuratel taten. Von aussen gesehen repräsentiert der Universitätsrat die Autonomie der Universität gegenüber der staatlichen Verwaltung und den Ansprüchen der Politik, über die Universität zu entscheiden.

Die „Autonomie“ nach dem Gesetz von 1995<sup>82</sup> ist somit zuerst eine administrative Verselbständigung gegenüber der Regierung. Ausdruck der Autonomie sind Globalbudget und Leistungsauftrag nach den Grundsätzen des „New Public Management“. Eine relative Freiheit der Institution vom Staat ist damit gewährleistet.

Mit Blick auf Humboldt sollte gefragt werden, ob der Universitätsrat im Sinne der Monarchen des 19. Jahrhunderts (oder der Regierungen in den Demokratien vor der Rezeption des New Public Management) auch die Schutz-, Filter- und Stabilisierungsfunktion für die Universität erfüllen kann und will. Ein „Verwaltungsrat“ hat nicht notwendig und nicht primär diese Funktionen. Das Hauptargument für dieses institutionelle Setting ist auch nicht Freiheit und deren Schutz, sondern Effizienz durch kurze Wege und klare Verantwortlichkeiten. Das hat Konsequenzen für die alte Vorstellung akademischer Selbstverwaltung. Diese wird ersetzt durch eine Hierarchie aus Führenden und Geführten, und in diesem Sinne entsteht keine Balance zwischen Universität und Staat, „Geist“ und „Macht“. Massgebend ist das Modell eines Unternehmens, und damit wird der Freiheitsgrad zu einer Sache des Führungsstils.<sup>83</sup>

Faktisch wurde die erhoffte Effizienzsteigerung aber zunächst begleitet durch den Aufbau einer universitätsinternen Verwaltung, die grösser ist als diejenige, welche beim Erziehungsdepartement je bestanden hatte. Dies kann mit den internationalen Trends erklärt werden: Verwaltung wächst vor allem, weil ein System der formalisierten Rechenschaftsablage und Qualitätssicherung aufgebaut werden muss und weil Rektorat und Universitätsrat Statistiken haben sollten für Entscheide, die „Evidenz“ explizit berücksichtigen. Sie nimmt zu, weil „Student Services“ im Sinne der Kundenorientierung gefordert sind, und weil im Zeichen von Bologna und unter den Bedingungen der „massification“ die Lehrqualität durch Didaktik im Sinne eines Schulwesens erhalten werden muss (Lehre ist ein Produkt des Unternehmens Universität, dessen Qualität

82 Eine ausgewogene, wenn auch begrifflich nicht durchgearbeitete Erörterung in <http://www.unigeschichte.unibas.ch/550-jahre-im-ueberblick/juengste-geschichte-ab-1985/aufbruch-in-die-autonomie/>. König, Sache, wie Anm. 28, 234ff, umschreibt die Basler Universitätsautonomie empirisch zutreffend in drei Dimensionen: (1.) Verselbständigung gegenüber den früheren alleinigen Träger Basel-Stadt, damit der Kanton Basellandschaft mitverantwortlich werden konnte, (2.) „gewisser Grad“ der Selbstbestimmung, (3.) Steuerung durch Globalbudget und Leistungsauftrag.

83 „Sie [die Basler Universität] wird im Zeichen ihrer Autonomie nunmehr im wesentlichen autoritär geführt“, Günter Stratenwerth, *Universitäre Strukturen und gesellschaftlicher Wandel – am Beispiel der Universität Basel*, in: Anton Hügli u.a. Hg., *Die Universität der Zukunft. Eine Idee im Umbruch?*, Basel 2007, 103-114, 106. Auch wenn König, Sache, wie Anm. 29, 249 für das der Argumentation von Stratenwerth zugrundeliegende Wertesystem kein Verständnis zeigt, kommt er faktisch zum selben Schluss: „Mit der erhöhten institutionellen Autonomie nimmt die individuelle der Universitätsangehörigen ab“.

durch spezifische Massnahmen abgesichert werden soll). Schliesslich braucht es (mehr) Verwaltung, weil die Beziehungen zu Auftraggebern und Mitfinanzierern aus der Wirtschaft durch „WTT“ formalisiert und aus der individuellen Sphäre der einzelnen Forschenden auf die Ebene der Institution Universität gehoben werden müssen. Der wachsende Umfang der „Drittmittel“ muss ebenso verwaltet werden wie die „Human Resources“.

Das Gesetz von 1995 und das Statut von 1996 brachten nach innen im Prinzip eine Erhöhung der Kompetenzen der Institute und Departemente, indem die Mittelzuweisungen durch die Universitätsleitung pauschal an diese erfolgten – so konnten die Departemente selbst entscheiden, wo gekürzt und wo investiert werden sollte, innerhalb eines vorgegebenen Rahmens (der allerdings auch Schwerpunktsetzungen und -verschiebungen bringen konnte). Die Steuerung von Lehre (und Forschung) wurde zu einem weiten Masse theoretisch den Fakultäten anheimgestellt, die deshalb nun ihrerseits begannen, Verwaltungen (Vizedekanate) zusätzlich zu den ‚klassischen‘ Dekanatssekretariaten aufzubauen.

In der Innenansicht bedeutete der „Paradigmenwechsel“ von 1995 somit eine Bürokratisierung, eine Formalisierung von Abläufen, die früher individuell durch Professoren teils besser, teils schlechter nebenher erledigt wurden, oder die in langen Debatten mit dem Ziel der Konsensfindung in den akademischen Gremien beraten und durch die Regierung oder das Erziehungsdepartement endgültig entschieden worden waren. Die Flexibilisierung bedeutete eine geringere Verbindlichkeit von Regelungen (Statut statt Gesetz), was tatsächlich raschere und eindeutigeren Entscheide (wie Schaffung neuer Fakultäten, Abbau von Fächern oder Aufwertung anderer Fächer) gestattete. Dabei sind Gesetz und Statut nur Faktoren neben anderen: Bologna, weiter wachsende Studierendenzahl, erhöhte Komplexität z.B. rechtlicher Aspekte in Industrieverträgen, Verschiebung der erwarteten Qualifikation von Bewerbern um Professuren in Richtung ‚Forschung als Impact-Maximierung‘ (bibliometrisch gemessene Erfolgsziele) und die Fähigkeit, Drittmittel zu beschaffen. In der Beziehung zu den staatlichen Trägerschaften bestimmend wurde weniger Autonomie (welche nun im Universitätsrat verkörpert war und nicht in inneruniversitären Gremien) als vielmehr Effizienz, Verschlinkung des eigentlichen Staatsapparates, Steuerung der Hochschule von aussen mittels Leistungsindikatoren und leistungsabhängiger Mittelzuteilung. Für fast alle anderen Politikbereiche hat der Basler Grosse Rat zu Beginn des Jahrhunderts explizit die Philosophie des New Public Management abgelehnt, nicht aber für die Universität. Auffällig ist dabei, dass das Verhältnis Universität-Gesellschaft in den bisher durchgesehenen Dokumenten zum neuen Universitätsgesetz nicht öffentlich und direkt thematisiert wurde.

Autonomie, soweit sie nicht verwaltungstechnisch argumentiert wurde, war als Mittel zum Zweck der beschleunigten „Anpassung an das politische und wirtschaftliche Umfeld“ gedacht, d.h. als Instrument für eine Reaktion auf die „Nachfrage“ eines „Marktes“, konkret auf höheren Studierendenzahlen und Verschiebungen im Interesse an einzelnen Fächern. Diffus spricht der Ratschlag für das Universitätsgesetz von einer „Neuausrichtung der universitären Zielsetzung insgesamt“. Erst aus dem Kontext ergibt sich, dass damit eine Nachfrage- und Effizienzorientierung als „Dienstleistungsbetrieb“ gemeint sein könnte. Die offiziellen Texte, aber auch die Berichte über Parlamentsdebatten, tabuisieren dabei stets die Frage nach den Beziehungen zur Wirtschaft. Die Ausnahme machte wiederum der Landkanton: Der (sozialdemokratische) Vorsteher der Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion dieses Kantons schrieb 2005 im Informationsb-

latt des Baselbieter „Fördervereins Universität Basel“ zur Begründung, warum eine Mitträgerschaft des Landkantons für die Universität wünschbar sei: „Das [die finanzielle Beteiligung an der Universität] machen wir nicht einfach aus Nächstenliebe zur Stadt. Sondern wir erkennen natürlich, was eigentlich auf der ganzen Welt an jedem Ort schon unbestritten ist: die Rolle der Universität für die jeweilige Region. Sie ist, nicht ausschliesslich, aber auch, eine Art Honigtopf für die Wirtschaft“.<sup>84</sup> Dementsprechend titelte das Blatt auch fett: „Universität: «Honigtopf der Wirtschaft»“.

Etwas anders hatte sich die Universität im Leitbild von 1993 dargestellt. Darin wurde die Öffnung zur Gesellschaft immer mit dem Gedanken verbunden, dass Wissenschaft von unmittelbaren Einflussnahmen gesellschaftlicher Kräfte frei bleiben sollte. Auch brachte das Leitbild zum Ausdruck, dass Gesellschaft und Universität in einer Partnerschaft zu sehen seien; dass sich die Universität somit nicht der Gesellschaft dienend unterordne. „Services“, welche am ehesten einen Anklang an kommerzielle Aspekte in den Aussenbeziehungen enthalten, wurden ebenso umsichtig als Dienstleistungen bezeichnet, die letztlich nur dann sinnvoll erbracht würden, wenn sie einen Bezug zu den Kernaufgaben von Lehre und Forschung hätten: „Alle Fakultäten erbringen, wenngleich in unterschiedlichem Masse, Dienstleistungen. Diese stehen in enger Wechselwirkung mit Lehre und Forschung“.<sup>85</sup> Die Positionierung der Universität gegenüber der Gesellschaft erfolgte in diesem Text im Geiste der Unabhängigkeit, aus der heraus Stellung zu gesellschaftlichen Problemen bezogen werden soll. So lautete die dritte Zielsetzung: „Die Universität ist sich der Verpflichtung bewusst, die durch Wissen entsteht. Sie kommt ihr nach durch kritische Reflexion und durch Dienstleistungen. Sie nimmt von sich aus Stellung zu gesellschaftlichen Problemen“. Dabei stand das Postulat einer Schwerpunktsetzung „entsprechend den wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Bedürfnissen“ unter der Überschrift „Selbständig handeln“.<sup>86</sup>

## 5. Schlussfolgerungen für die Basler Universitätsgeschichte

Spätestens damit mündete die Geschichte einer lokalen Universität in den Mainstream der globalisierten Hochschulentwicklung ein. Während diese in den Zeiten der „Vermassung“ von aussen wie eines der letzten humboldtianischen Paradiese, von der Geschichte vergessen und dadurch aus dem Ausland berufenen Professoren zauberhaft idyllisch vorkam, begannen nun dieselben Faktoren zu wirken, die anderswo das akademische Leben erschwerten: Reform, Planung, Reporting, Qualitätssicherung, „Bologna“ ... . „Objektive“ Faktoren wie der quasi-naturwüchsig wachsende Anteil der Studierenden an den Jahrgängen (als Folge des wachsenden Anteils der MittelschülerInnen an den entsprechenden Kohorten) bei kurzfristig-konjunkturabhängigen Finanzierungsmöglichkeiten des Hochschulbereichs verbanden sich mit bewusst herbeigeführten politischen Entscheiden. Diese waren lokal diktiert durch den Wunsch, die schmale Finanzierungsbasis auszuweiten durch Konzessionen an einen weiteren Mit-Träger, der als Voraussetzung für sein Engagement eine Strukturierung nach betriebswirtschaftlichen Unternehmensmodellen forderte. National waren sie bestimmt durch eine Modernisierungspolitik gegenüber den Hochschulen, welche sich an der OECD und an der Dynamik von EU und EG orientierte und für welche die Unterschrift unter der Erk-

84 UniPLUS, wie Anm. 75, 2.

85 Leitbild der Universität Basel, verabschiedet von der Regenz am 30. Juni 1993, Ziffer 17. Zur Entstehung des Leitbilds König, Sache, wie Anm. 28, 118-120.

86 Leitbild, wie Anm. 85, Ziffer 6.

klärung von Bologna ein wichtiger Meilenstein war. Die diskursiven Elemente, die wir oben erwähnt haben, erhielten insofern einen eigenen Stellenwert, als mit der Einmündung der Basler Universitätsgeschichte in den internationalen Mainstream auch das „Higher Education Policy Speak“ an Evidenz, aber auch an unmittelbarer Anwendbarkeit gewann. Dabei delegierte die Gesellschaft (repräsentiert durch die politischen Eliten der Kantone Basel-Stadt und Basellandschaft) die Führung der Universität an einen Universitätsrat, der nun zusammen mit PR-Kräften der Universitätsleitung darauf zu achten hat, dass das Unternehmen Universität in der Öffentlichkeit eine gute Presse hat (Marketing). Man kann darin einen Fortschritt der ‚Professionalisierung‘ sehen gegenüber dem älteren Modell, welches diese Image-Wirkungen öffentlichen Auftritten einzelner Lehrender und Forschender überliess. Ein wichtiger Aspekt des Gesellschaftsbezugs ist eine Frage der Kommunikation geworden, und diese richtet sich nach den Modellen der „corporate communication“. Die Zusammensetzung des Rates ist ein Kompromiss zwischen politischer Kontrolle (als Ersatz für die Kontrolle, die nach dem Gesetz von 1937 Regierung und Parlament direkt ausübten, und ergänzt durch die Möglichkeit für Politiker aus dem mittragenden Landkanton, ihnen Einfluss geltend zu machen) und einer Unternehmensführung nach der Art eines Verwaltungsrates in der Privatwirtschaft (mit der Vertretung von für die Universität anscheinend nützlichen Kompetenzen in Bankwesen, Administration von Dienstleistungsfirmen, Führung von industriellen Produktionsunternehmen oder Leitung von industriefinanzierten Forschungsinstitutionen).

Der Gesellschaftsbezug materialisiert sich unter diesen Voraussetzungen als „Inklusion“ über den Markt. Diese Art der Inklusion wird ergänzt durch explizit gemachte Vorgaben für „Qualität“ in Akkreditierung und Evaluation, für welche die Normen der Nicht-Diskriminierung und Frauenförderung als Kriterien festgeschrieben wurden. Während immer mehr junge Menschen (darunter jedoch noch immer nur wenige aus den wirklich „bildungsfernen Schichten“) die Universität wenigstens bis zum Bachelor von innen kennen lernen, diese sich also damit den mittelständischen und kleinbürgerlichen Sektoren der regionalen Gesellschaft öffnet, macht die Universitätsleitung durch „student services“, die Organisation von „alumni“ und eine Verstärkung der Angebote in Weiterbildung und Wissenstransfer daraus eine Hochschule, die sich von allen anderen Hochschulen dieser Welt möglichst wenig unterscheidet.<sup>87</sup>

---

87 Mit den Worten von König, Sache, wie Anm. 28, 253, kann man formulieren: „Die leitenden Ideen sind [...] mehr und mehr eine internationale Währung.“

## 6. Bibliographie

Angehrn, Céline: Erinnerungskultur in Basel. Das Basler Universitätsjubiläum von 1860, [www.unigeschichte.unibas.ch](http://www.unigeschichte.unibas.ch), Januar 2010.

Berdahl, Robert: Academic Freedom, Autonomy and Accountability in British Universities, in: *Studies in Higher Education*, 15, 2 (1990), 169-180.

Benninghoff, Martin; Leresche, Jean-Philippe: *La recherche, affaire d'Etat: Enjeux et luttes d'une politique fédérale des sciences*. Lausanne 2003.

Boner, Georg: *Geschichte der Freiwilligen Akademischen Gesellschaft der Stadt Basel während der ersten 100 Jahre ihres Bestehens*, Basel 1935.

Bonjour, Edgar: *Die Universität Basel von den Anfängen bis zur Gegenwart 1460-1960*. Basel 1971.

Boockmann, Hartmut: *Wissen und Widerstand. Geschichte der deutschen Universität*, Berlin 1999.

Bourdieu, Pierre: *La reproduction, éléments pour une théorie du système d'enseignement*. Paris 1970.

Bourdieu, Pierre: *Homo academicus*, Paris 1984

Bourdieu, Pierre; Passeron, Jean-Claude: *Les héritiers*. Paris 1964.

Bühlmann, Lea: *Konstruktionen. Die Entstehung des neuen Kollegienhauses der Universität Basel auf dem Petersplatz 1860 bis 1939*, [www.unigeschichte.unibas.ch](http://www.unigeschichte.unibas.ch), Januar 2010.

Bürgisser, Thomas: ‚Im Banne des Satelliten‘. Zur medialen Rezeption des Sputnik-Schocks in der Schweiz, in *Schweizerische Zeitschrift für Geschichte* 57, 4 (2007), 387-416.

Burlingame, Dwight F. (Hg.): *Philanthropy in America. A Comprehensive Historical Encyclopedia*, Santa Barbara 2004.

Busset, Thomas u.a. (Hg.): *Chemie in der Schweiz. Geschichte der Forschung und der Industrie*, Basel 1997.

Clark, Burton R.: *The Higher Education System. Academic Organization in Cross-National Perspective*, Berkeley 1983.

Clark, Burton R.: *Creating Entrepreneurial Universities. Organizational Pathways of Transformation*, Oxford 1998.

*Das neue Kollegienhaus der Universität Basel. Sonderbeilage [der Basler Nachrichten] zur Einweihung am 10. Juni 1939. Basler Nachrichten No. 155.*

Darnon, William u. Susan Verducci (Hg.): *Taking Philanthropy Seriously. Beyond Noble Intentions to Responsible Giving*, Bloomington 2006.

Diethelm, Alois: *Roland Rohn 1905-1971* (hg. v. Alexander L. Bieri), Zürich 2003.

Elzinga, Aant: *Changing Policy Agendas in Science and Technology*, in Sheila Jasanoff, Gerald E. Markle, James C. Petersen, Trevor Pinch (Hg.), *Handbook of Science and Technology Studies*, Thousand Oaks 1995, 572-592.

Estermann, Thomas u. Terhi Nokkala, *University Autonomy in Europe. Explanatory*

- Study, European University Association, Brüssel 2009.
- Fleury, Antoine; Joye, Frédéric: Die Anfänge der Forschungspolitik in der Schweiz: Gründungsgeschichte des Schweizerischen Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung - 1934-1952. Baden 2002.
- Gassert, Philipp u. Martin Klimke (Hg.): 1968 – Memories and Legacies of a Global Revolt. Bulletin of the German Historical Institute, Supplement 6, 2009.
- Geiser, Karl: Die Bestrebungen zur Gründung einer eidgenössischen Hochschule 1758-1874, Bern 1890
- Gilcher-Holtey, Ingrid: Die 68er Bewegung. Deutschland – Westeuropa – USA, München 2001<sup>3</sup>.
- Goldschmidt, Dietrich: Die gesellschaftliche Herausforderung der Universität. Historische Analysen, internationale Vergleiche, globale Perspektiven, Weinheim 1991.
- Gossman, Lionel: Basel in the Age of Burckhardt. A Study in Unseasonable Ideas, Chicago 2002.
- Hagenbach-Bischoff, Eduard: Die Entwicklung der naturwissenschaftlichen Anstalten Basels 1817-1892. Eröffnungsrede bei der 75. Jahresversammlung der Schweizerischen Naturforschenden Gesellschaft in Basel, gehalten von dem Präsidenten Eduard Hagenbach-Bischoff, 5. September 1892, Basel 1892.
- Hess, Johann Wahrmund (Hg.): Beschreibung der vierten Jubelfeier der Stiftung der Universität Basel. 5., 6. und 7. September 1860, nebst Reden und Toasten, Basel 1860.
- Hood, Christopher: The ‚New Public Management‘ in the 1980s. Variations on a Theme, in: Accounting, Organizations and Society 20 (1995), 93-109
- Huber, Dorothee: Das Kollegienhaus der Universität Basel. Bern 2003.
- Jaraus, Konrad H. (Hg.): The Transformation of Higher Learning, 1860-1930. Expansion, Diversification, Social Opening, and Professionalization in England, Germany, Russia, and the United States. Chicago 1983.
- Jaraus, Konrad H.: „Das Humboldt-Syndrom. Die westdeutschen Universitäten 1945-1989. Ein akademischer Sonderweg?“ in: Mitchell G. Ash (Hg.), Mythos Humboldt. Vergangenheit und Zukunft der deutschen Universitäten, Wien 1999, 58-79.
- Joye-Cagnard, Frédéric: La construction de la politique de la science en Suisse. Enjeux scientifiques, stratégiques et politiques (1944-1974), Neuchâtel 2010.
- Kaden, Thomas A.: Das Departement Chemie. [www.unigeschichte.unibas.ch](http://www.unigeschichte.unibas.ch), Januar 2010.
- Käppeli, Robert: „Hochschule und Wirtschaft“, in Schweizerische Hochschulzeitung 33, 1960, Sonderheft Universität Basel 1460-1960, 103-108.
- Kahlbaum, Georg W. A. u. E. Schaer: Christian Friedrich Schönbein 1799-1868. Ein Blatt zur Geschichte des 19. Jahrhunderts, Leipzig 1899.
- Kellenberger, E., A. Pletscher, C. Tamm u. A. Schneider, Die Entstehung des Biozentrums in Basel, in: Verhandlungen der Naturforschenden Gesellschaft Basel 102 (1992), 111-132.

Kleiber, Charles: Die Universität von morgen. Visionen, Fakten, Einschätzungen. Bern 1999.

König, Mario: In eigener Sache. Die Universität Basel unterwegs zu Autonomie und neuer Trägerschaft 1985-2010, Liestal 2010

Koprio, Georg Samuel: Basel und die eidgenössische Universität, Basel 1963.

Kreis, Georg: Die Universität Basel 1960-1985. Basel 1986.

Kreis, Georg (Hg.): Zeitbedingtheit - Zeitbeständigkeit: Professoren-Persönlichkeiten der Universität Basel. Basel 2002.

Kreis, Georg; von Wartburg, Beat (Hg.): Basel: Geschichte einer städtischen Gesellschaft, Basel 2000.

Labhardt, Alfred: Geschichte der Kollegiengebäude der Universität Basel 1460-1936. Festschrift der Universität Basel zur Einweihung des neuen Kollegienhauses am 10. Juni 1939. Basel 1939.

Leitbild der Universität Basel, verabschiedet von der Regenz am 30. Juni 1993.

Lenz, Max: Geschichte der königlichen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin. 4 Bände, Halle 1910-1918.

Luebbe, Hermann: Humboldts Bildungsziele im Wandel der Zeit, in: Bernfried Schlerath (Hg.): Wilhelm von Humboldt. Vortragszyklus zum 150. Todestag, Berlin 1986.

McClelland, Charles E.: State, Society and University in Germany 1700-1914. Cambridge 1980.

Mertens, Dieter: Austausch und Abgrenzung. Die oberrheinischen Universitäten an der Wende zum 16. Jahrhundert, in: Basler Zeitschrift für Geschichte und Altertumskunde, 102 (2002), 7-22.

Moraw, Peter: "Humboldt in Giessen. Zur Professorenberufung an einer deutschen Universität des 19. Jahrhunderts", in Geschichte und Gesellschaft 10, 1984, 47-71.

Muchenberger, Henry: Chemische Industrie und Öffentlichkeit im Lichte der Firmenjubiläen ‚200 Jahre Geigy‘ 1958 – ‚75 Jahre CIBA‘ 1959 – ‚75 Jahre Sandoz‘ 1961. Mit einer längeren Skizze zur wirtschaftlichen Stellung und Bedeutung der chemischen Industrie der Schweiz der 1950er Jahre, Basel 1994 (unveröffentlichte Lizentiatsarbeit Universität Basel).

Musselin, Christine: „Transformation of Academic Work. Facts and Analysis“, in Maurice Kogan, Ulrich Teichler (Hg.), Key Challenges to the Academic Profession, UNESCO Forum on Higher Education Research and Knowledge, Paris/Kassel 2007, 175-190.

Neave, Guy R. (Hg.): Abiding Issues, Changing Perspectives. Visions of the University across a Half-Century. Oxford 2000.

Noelting, E.: Rudolf Nietzki 1847-1917, in: Helvetica Chimica Acta 1 (1918), 343-430.

Nolte, Peter: Ein Leben für die Chemie. 200 Jahre Christian Friedrich Schönbein, 1799-1999, Metzingen 1999.

Pechar, Hans: Bildungsökonomie und Bildungspolitik. Münster 2006.

Portmann, Adolf: Der Aufstieg der Naturwissenschaften, in: Basel. Denkschrift zur Erinnerung an die vor 2000 Jahren erfolgte Gründung der Colonia Raurica, Olten/Basel/Lausanne 1957, 225-243.

Portmann, Adolf: Die Biologie als technische Weltmacht, Zürich 1970.

Portmann, Adolf: Naturschutz wird Menschenschutz, Zürich 1971.

Pritchard, Rosalind M. O.: "British and German Education Students in a Shifting Scenario." In: Higher Education Management and Policy 18, 2006, 111-133.

Reinhard, Carsten: Forschung in der chemischen Industrie. Die Entwicklung synthetischer Farbstoffe bei BASF und und Hoechst, 1863-1914, Freiberg 1997.

Ridder-Symoens, Hilde (Hg.): Universities in the Middle Ages, Cambridge 1992.

Ridder-Symoens, Hilde (Hg.): A History of the University in Europe, Vol. 2: Universities in Early Modern Europe 1500-1800. Cambridge UK 1996.

Ritter, Markus: Die Biologie Adolf Portmanns in zeitgeschichtlichem Kontext, in: Basler Zeitschrift für Geschichte und Altertumskunde 100 (2000), 207-254.

Roth, Paul: Die Fünfhundertjahrfeier der Universität Basel 1960. Erstattet im Auftrag des Organisationskomitees, Basel 1960.

Rüegg, Walter: "Die Universität der Zukunft im globalen und europäischen Zusammenhang", in: Anton Hügli u.a. (Hg.), Die Universität der Zukunft. Eine Idee im Umbruch?, Basel 2007, 36-47.

Schwinges, Rainer Christoph (Hg.): Humboldt international. Der Export des deutschen Universitätsmodells im 19. und 20. Jahrhundert, Basel 2001.

Scott, John C.: „The mission of the University. Medieval to postmodern transformations”, Journal of Higher Education 77, 2006, 1-39.

Shapiro, Harold T.: A Larger Sense of Purpose. Higher Education and Society. Princeton 2005.

Simon, Christian: Staat und Geschichtswissenschaft in Deutschland und Frankreich 1871-1914. Bern 1988.

Simon, Christian: Adolf Butenandt für Basel? Geschichte einer gescheiterten Berufung 1946-1949, in: Basler Zeitschrift für Geschichte und Altertumskunde 109 (2009), 9-52.

Simon, Christian: Naturwissenschaften in Basel im 19. und 20. Jahrhundert. Die Philosophisch-Naturwissenschaftliche Fakultät der Universität, www.unigeschichte.unibas.ch, Januar 2010.

Simon, Christian: „Anstalt für Physik, Chemie und Astronomie an der Universität Basel”. Die ersten Jahrzehnte des Bernoullianums, erscheint in: Basler Neujahrsblatt 2011/2012.

Skenderovic, Damir u.a. (Hg.), 1968 - Revolution und Gegenrevolution. Neue Linke und Neue Rechte in Frankreich, der BRD und der Schweiz, Basel 2008 (= Itinera 27).

Stahelin, Andreas: Geschichte der Universität Basel 1632-1818. Basel 1957.

Stahelin, Andreas: Geschichte der Universität Basel 1818-1835, Basel 1959.

Stahelin, Andreas: „Die Geschichte der Universität Basel“, in Schweizerische Hochschulzeitung 33, 1960, Sonderheft Universität Basel 1460-1960, 19-27.

Stahelin, Andreas: „Der Rang der Fakultäten in der Geschichte der Universität Basel“, in Schweizerische Hochschulzeitung 33, 1960, Sonderheft Universität Basel 1460-1960, 72-76.

Stahelin, Andreas: Die grosse private Helferin der Universität. 150 Jahre Freiwillige Akademische Gesellschaft, in: Basler Stadtbuch 1985, Basel 1986, 9-18.

Stettler, Niklaus: Natur erforschen. Perspektiven einer Kulturgeschichte der Biowissenschaften an Schweizer Universitäten 1945-1975, Zürich 2002.

Stichweh, Rudolf: „Die Universität in der Wissensgesellschaft. Wissensbegriffe und Umweltbeziehungen der modernen Universität“, in Soziale Systeme 12, 2006, 33-53.

Stichweh, Rudolf: Autonomie der Universitäten in Europa und Nordamerika. Historische und systematische Überlegungen, in: Jürgen Kaube Hg., Die Illusion der Exzellenz. Lebenslügen der Wissenschaftspolitik, Berlin 2009, 38-49.

Stirnemann, Charles: Die ersten Jahre des „Roten Basel“ 1935-1938. Zielsetzungen und Handlungsspielräume sozialdemokratischer Regierungspolitik im Spannungsfeld von bürgerlicher Opposition und linker Kritik. Basel 1988.

Stratenwerth, Günter: „Universitäre Strukturen und gesellschaftlicher Wandel – am Beispiel der Universität Basel“, in: Anton Hügli u.a. (Hg.), Die Universität der Zukunft. Eine Idee im Umbruch?, Basel 2007, 103-114.

Straumann, Tobias: Die Schöpfung im Reagenzglas. Eine Geschichte der Basler Chemie (1850-1920), Basel 1995.

Trow, Martin: „The Exceptionalism of American Higher Education“, in: Martin Trow, Thorsten Nybom (Hg.), University and Society. Essays on the Social Role of Research and Higher Education. London 1991, 156-172.

Ungern-Sternberg, Jürgen von: „Basel. Die Polis als Universität“, in Alexander Demandt (Hg.), Stätten des Geistes. Grosse Universitäten Europas von der Antike bis zur Gegenwart, Köln etc. 1999, 187-204.

UniPLUS – Das Informationsblatt des Fördervereins Universität Basel (FUB), Arisdorf Basel-Landschaft, Ausgabe Februar 2005.

Vischer, Frank: Die Universität in ihrem sozialen Umfeld, in: Burckhardt, Lukas et al. (Hg.): Das Politische System Basel-Stadt. Geschichte, Strukturen, Institutionen, Politikbereiche, Basel 1984.

Wallraff, Martin u. Sara Stöcklin-Kaldewey (Hg.), Schatzkammern der Universität Basel. Die Anfänge einer 550-jährigen Geschichte, Basel 2010.

Weber, Karl: „Hochschulpolitik in der Schweiz“, in Leo Goedegebuure u.a. (Hg.), Hochschulpolitik im internationalen Vergleich. Eine länderübergreifende Untersuchung im Auftrag der Bertelsmann Stiftung. Gütersloh 1993, 350-378.

Zwicker, Josef: „Zur Universitätsgeschichte in den 1930er Jahren“, in: Dorothee Huber u.a., 50 Jahre Kollegienhaus der Universität, Basel 1991, 10-18.